

# Holzarbeiter = Zeitung.

Beischrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

<p>Erscheint wöchentlich, Sonntags. Abonnementpreis M. 1 pro Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Post-Nr.: 3539.</p>	<p>Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg; für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.</p>	<p>Inserate für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 30 <math>\mathcal{M}</math>, Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 <math>\mathcal{M}</math>, Verjammlungsanzeigen 10 <math>\mathcal{M}</math>. Beilagen nach Uebereinkunft.</p>
---	---	---

## Lohnbewegung.

**Leben. (Telegramm.)** Zuzug von Möbel-  
tischlern und Drechslern streng fern halten.

- Zuzug ist fern zu halten von:
- Bau- und Möbeltischlern nach Lüneburg, Freiburg i. B., (Wangeschäft von H. Stadler), Örrach, Raumburg (Steinide & Co., Wangeschäft), Nordhausen, Ulm a. d. D. (Th. Berger, Hofmöbelfabrik);
  - Tischlern und Drechslern nach Köslin;
  - Möbeltischlern nach Hamburg (Doose, Heß & Kiffel und Klein, Ottenen);
  - Tischlern, Drechslern, Bildhauern, Polirern und Maschinenarbeitern nach Frankfurt a. d. D. (Firma Manz & Gerstenberger);
  - Korbmachern nach Bergedorf (Herlemann);
  - Pinselfabrikanten und Arbeiterinnen nach Nürnberg (Rosenfeld'sche Pinselfabrik);
  - Stoßdrechslern nach Wien;
  - Tischlern nach Pirna (Tischlermeister Karl Wurf).

## Große Pflichten — keine Rechte.

Wenn diese Zeilen unseren Kollegen zu Gesicht kommen, ist der Reichstag bereits beisammen. Welche Fülle von Gesetzentwürfen stürmen auf ihn ein, die alle in der kommenden Session ihre Erledigung finden sollen. So der Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung der Unfallversicherungsgesetze; der Entwurf eines Gesetzes über die Unfallfürsorge für Gefangene; Entwürfe zu Verordnungen für das Invalidenversicherungsgesetz, und viele andere. In der Hauptsache wird der Reichstag sich aber mit dem Zuchthausgesetzentwurf und mit einer in Aussicht stehenden neuen Flottenvorlage zu beschäftigen haben. Gelegentlich des Stapellaufes eines Kriegsschiffes auf der Werft von Blohm & Voß in Hamburg am 18. Oktober äußerte der Kaiser bereits, daß die gegenwärtige Flotte nicht ausreiche, und sei es daher nöthig, sie zu verstärken. Das Volk müsse Opfer bringen, damit die Flotte der Weltmachtstellung Deutschlands entspreche.

Selbstverständlich waren nach diesen Worten alle Flottenschwärmer auf den Beinen. In erster Linie die zunächst Interessirten: die Panzerplatten- und Kanonenkönige. In den „Berliner Neuesten Nachrichten“, Krupp's Eigenthum, wurde eifrig die Alarmentrommel für den Flottenrummel gerührt. Flottenschwärmervereine bildeten sich an allen Enden Deutschlands, die Guldigungs- und Begeisterungstelegramme flogen durch die Welt, wie die prophezeiten Sternschnuppen in den Tagen des 14. und 15. November. Viktor Schweinburg, der bekannte Kommiss der Großindustriellen, verfaßte sofort ein Flugblatt mit der Ueberschrift: „Was uns noth thut!“ und wirkte damit kräftig für die Interessen seines Brotgebers, der diese gewinnbringende Begeisterungsthätigkeit mit M. 15 000 Gehalt pro Jahr entlohnt. Welchem Patrioten muß nicht das Herz überschäumen vor lauter Begeisterung, wenn er folgenden Erguß liest: „Wirft Du, deutsches Volk, in unmännlichem Zögern den Zeitpunkt verpassen wollen, der Dich in den Stand setzt, am Ziele einzutreffen, ehe es Deine Nebenbuhler, Deine Neider vor Dir mit Beschlag belegen?“

Daß dem mährischen Schweinburg kein Mensch aus dem Volke glaubt, daß die Vermehrung der Flotte zum Schutze des deutschen Vaterlandes nothwendig ist, dürfte selbstverständlich sein; sagt er doch selbst, daß der Zeitpunkt wahrgenommen werden muß, um denen, die fremde Länder mit Beschlag belegen wollen, zuvorzukommen. Also zu dem Zwecke, Eroberungspolitik zu treiben, muß die Flotte vergrößert werden. Das deutsche Volk, meinen wir, hat gerade genug an den bisherigen Millionen, welche es für Kamerun, Kiautschou, die Karakinen und kürzlich für Samoa

hat blechen müssen. Es verlangt nach einer Friedenspolitik, nicht aber nach einer solchen, die es jeden Tag infolge der „erstarrten Weltmachtgelüste“ in arge Differenzen bringen kann. Die Sache, das heißt die Kosten an Gut und Blut, zahlen in allen Fällen nicht die Flottenschwärmer, sondern in überwiegendem Maße das arbeitende Volk.

Bis zum Jahre 1898 hat der Flottenrummel den deutschen Steuerzahlern 1 Milliarde 635 Mill. 300 000 Mark gekostet, und im vorigen Jahre ist ihnen durch die Schacherpolitik des „Arbeiterfreundlichkeit“ heuchelnden Zentrums eine weitere Summe bis zum Jahre 1904 im Betrage von 997 Mill. Mark aufgehast, und der neueste Flottenplan wird dem deutschen Volke, wie Schweinburg ausgerechnet hat, „nur“ ja. 442 Millionen Mark an einmaligen Ausgaben kosten. In Wirklichkeit wird es noch mal so viel. Das ist natürlich garnichts nach Ansicht der Flottenschwärmer, sinemalen die Reichseinnahmen von Jahr zu Jahr wachsen, so daß sie im Jahre 1912 schon 1400 Millionen betragen werden, und die Flottenschwärmer brauchen wieder einmal nichts zu bezahlen.

„Was thut es übrigens, dem armen Manne wird — der Flotte und den Junkern zu Liebe — das Brot durch Erhöhung des Getreidezolles vertheuert, und ich bin sicher, er merkt es garnicht.“ So denkt Schweinburg, der Sekretär des Flottenvereins, dessen Präsident ein Fürst zu Wied ist. Recht ist es einer gewissen Sorte Flottenschwärmern nicht, daß Schweinburg bezüglich der Erhöhung der Getreidezölle aus der Schule geplaudert hat. Man spricht schon davon, daß mit einem solchen Politiker kein „Staat“ zu machen ist, und daß es besser wäre, man könnte ihn abschütteln. Wie kann der Tölpel aber auch verrathen, daß neben den Großindustriellen auch die Junker Osteliens ein warmes, patriotisches, nach Liebesgaben dürstendes Herz und eine unbezwingliche Sehnsucht nach einer Vermehrung der Flotte haben!

Die Arbeiter werden, wie immer, auch in diesem Falle die Lasten tragen müssen. Schon heute macht die Summe der indirekten Steuern, welche der Einzelne dem Militarismus opfert, fast den zehnten Theil seines kärglichen Einkommens aus. Immer größer werden die Pflichten, die dem deutschen arbeitenden Volke auferlegt werden, immer schwerer die Lasten, die es zu tragen hat, und immer geringer die Rechte, die es zur Wahrung seiner Interessen braucht.

Die eingebrachte Zuchthausvorlage ist dafür der beste Beweis. Während den Arbeitern einerseits der Lebensunterhalt durch Erhöhung der Zölle auf die nothwendigsten Lebensmittel vertheuert wird, damit nicht nur des „Reiches Wohlfahrt gefördert“ wird, sondern auch die Geldbeutel der Unternehmer gespickt werden können, hindert man andererseits die Arbeiter durch Beschränkung der Koalitionsfreiheit, die erhöhten Ausgaben durch höhere Einnahmen wieder zu egalifiren. Nichts von alledem! Jede freie Regung und Bewegung nach dieser Richtung hin soll für die Arbeiter strafbar sein. Das Koalitionsrecht soll für sie nicht mehr bestehen dann, wenn es angewandt wird, um durch das Mittel des Streiks auf ein höheres Niveau zu kommen. Das Streiken soll zwar erlaubt sein, natürlich nur so lange, wie es (wie in Sachsen) der Polizei gefällt.

Das Streikpostenstehen, also die Ausübung einer Thätigkeit, ohne welche jeder Streik aussichtslos ist, soll ebenfalls verboten sein! Was bleibt dann vom Koalitionsrecht noch übrig? Nichts weiter als der inhaltslose Buchstabe und die leere Phrase, daß das Koalitionsrecht ja beileibe nicht angetastet, sondern nur der Koalitionszwang bestraft werden soll. Leeres

Geschwätz, von diesem Koalitionszwang! Es muß den Zugereisten doch gesagt werden, daß ihre Mitarbeiter von dem ihnen gesetzlich zustehenden Koalitionsrecht Gebrauch gemacht haben und zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Streit eingetreten sind. Wenn dies in sachlicher Weise und ohne jede Drohung seitens der Streikposten geschieht, ist dies vollkommen gesetzlich und daher weder eine Belästigung des Publikums noch eine strafbare Handlung. Wie schon an anderer Stelle dieser Nummer angedeutet, ist der Regierung nahegelegt, den Entwurf zurückzuziehen, damit alle Parteien ohne Voreingenommenheit an die Verathung der Flottenvorlage herantreten können. Die Regierung besteht auf der Zuchthausvorlage. Ob sie an deren, wenn auch nur theilweisen, Annahme glaubt, ist nicht gut anzunehmen. Ob sie die Konsequenzen aus der voraussichtlich die Ablehnung bringenden Abstimmung ziehen und den Reichstag auflösen wird? Wer eine solche Konsequenz von der deutschen Regierung erwartete, wird bitter enttäuscht sein. Die mehrfachen Niederlagen der Regierung haben nicht einmal vermocht, die intellektuellen Urheber derselben zu beseitigen, und bei einer solchen zickackursstuernden Regierung ist ein entscheidender Schritt, die Reichsboten zum Tempel hinauszujaagen, undenkbar.

Aber auch wegen der Ablehnung der kommenden Flottenvorlage wird das nicht geschehen, weil die Regierung recht wohl weiß, daß, wenn das Volk Gericht und Heerschau hält, das Urtheil noch ungünstiger für die Flottenschwärmer und Volksentrichter lauten würde. Es wird also fortgewurstelt.

Gegenüber der Zuchthaus- und Flottenpolitik kann es für die deutschen Arbeiter und deren Vertreter im Reichstage nur eine Entscheidung geben: Einer Regierung, die ihre höchste Aufgabe darin erblickt, der arbeitenden Klasse alle Lasten aufzuerlegen und ihr obendrein, wie zum Dank für das gebuldige Tragen, die Zuchthausporten öffnen will — zum Zwecke der Flottenvermehrung keinen Mann und keinen Groschen. Mögen die deutschen Arbeiter in den nächsten Wochen und Monaten auf der Wacht sein, jeden Augenblick bereit, der Regierung den Beweis zu erbringen, daß sie ihre Politik mißbilligen und verlangen, daß Rechte und Pflichten gleichmäßig vertheilt und mit der Liebesgaben-, Entrechtungs- und Weltmachtspolitik gebrochen werden muß.

## Feindliche Theorien.

b. Soweit die Bekämpfer gewerkschaftlicher Bestrebungen es lieben, sich einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben, stützen sie sich häufig auf Thesen und Formeln, deren Tendenz darauf hinaus läuft, den „wissenschaftlichen“ Nachweis zu erbringen, daß alle Bestrebungen der Gewerkschaften schließlich doch scheitern müssen. Ein großer Theil nationalökonomischer Schriftsteller Englands und Amerikas war während der ersten drei Viertel unseres Jahrhunderts von der Richtigkeit dieser Annahme ohne Weiteres überzeugt und sie haben in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise ein ganzes Heer von Nachbetern gefunden. Eines ihrer Hauptargumente, das noch den Schein von Wahrscheinlichkeit hatte, war die Malthus'sche Lehre von der Uebersättigung. Malthus, ein englischer Theologe, der später als Geschichtsprofessor auch politische Oekonomie lehrte, hatte zu Anfang dieses Jahrhunderts den Satz aufgestellt, daß die Bevölkerung die Tendenz habe, sich in geometrischer Progression zu vermehren (2, 4, 8, 16, 32 u. s. f.), während die Nahrungsmittel nur in arithmetischer Progression vermehrt werden könnten (also 1, 2, 3, 4, 5 u. s. f.). Die Folge davon sei, daß zwischen der Anzahl Menschen und dem Vorrath

an Nahrungsmitteln sehr rasch ein Mißverhältnis entstehen und wachsen müsse, das dann zu entsetzlichen Elend, zu Massennoth und Massentod führen müsse und so die Bevölkerungsdauer niedrig halte. Und gegen die gemerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter, die damals in England ganz besonders schwer verfolgt wurden, wendete er sich mit der These, daß alle Bestrebungen, die darauf abzielten, die Lage der Arbeiter günstiger zu gestalten, notwendig in das Gegentheil umschlagen müßten, da eine Verbesserung ihrer Lage eine Erhöhung der Geburtenziffer nach sich ziehen und dann dazu führen müsse, das Elend noch zu vergrößern. Das Problem, das Loos der arbeitenden Klassen zu heben, sei als Ganzes so lange hoffnungslos, als es nicht gelänge, „der verheerenden Fluth von Kindern“ Einhalt zu thun. Daher gebe es für die Arbeiter nur ein Mittel, das sei: kluge Enthaltensamkeit in der Ehe und eine Einschränkung der Fruchtbarkeit. Erst wenn dieses Prinzip allgemein befolgt werde, würde eine Hebung der Lage der Besitzlosen möglich. — Darnach hatten es die Arbeiter selbst verschuldet, wenn ihre Lage eine schlechte war, und da Malthus so freigebig war, ihnen das Mittel zur Besserung zu zeigen, so wäre es eine Thorheit gewesen, diese Klasse irgendwie zu bebauern oder durch die Geseßgebung zu schützen. Malthus glaubte ihnen den Talisman gegeben zu haben, wollten sie ihn nicht gebrauchen, so war das lediglich ihre Schuld.

Es ist bezeichnend, daß diese Lehre gerade in einer Zeit populär wurde, wo die englischen Industrien ihren Kapitalisten so kolossale Profite, und den Arbeitern dagegen die erbärmlichsten Jammerlöhne und eine außerordentlich harte Verfolgung seitens der staatlichen Gewalten einbrachten. Es war die Zeit, wo in England der Kapitalismus die alten Manufakturbetriebe durch die moderne Fabrik ablöste. „Es ist charakteristisch, daß die Furcht vor Uebersättigung jedesmal in Perioden auftritt, wo ein Sozialzustand im Zerfall und Untergang begriffen ist“, sagt Nebel in seinem Buch: „Die Frau . . .“ Welleicht waren es diese wirtschaftlichen Umwälzungen, die sich vor Malthus' Augen abspielten und die er doch nicht zu durchschauen vermochte, die ihm die Furcht vor der Uebersättigung aufnöthigten und ihn veranlaßten, die Arbeiter zur Mäßigung zu mahnen und bei ihnen heileibe nicht den Gedanken aufkommen zu lassen, daß sie durch eine gemeinsame Aktion, etwa gar durch Forderungen an die Kapitalisten, ihre Lage verbessern könnten. Es war ein Hohn auf das Elend der Arbeiter und eine Vertheiligung der kapitalistischen Ausbeutung, der den Besitzern der Produktionsmittel nicht gelegener kommen konnte. Jetzt konnte man getrost alle lästige Sentimentalität über Bord werfen, da Malthus „wissenschaftlich bewiesen“ hatte, daß der Tisch von der Natur nicht für Alle gedeckt sei. Ja, es mußte sogar als ein Vergehen erscheinen, den Besitzlosen überhaupt beizustehen, da ja nach dieser Lehre jeder wirksame Bestand sich sehr bald in sein Gegentheil verkehrte und den Fluch der Armut, der auf der Arbeiterklasse lastete, noch unerträglich gestalten mußte. Malthus hatte mit dieser Theorie der profitungrigen Bourgeoisie den Schleier verschafft, nach welchem dieselbe schon so lange gesucht hatte und unter dem sie ihre schamlosen Ausbeutungs- und Entrechtungsbestrebungen fortsetzen und alle Einwendungen abweisen konnte mit der außerordentlich bequemen These, daß für die Verhungerten der Tisch von der Mutter Natur nicht gedeckt sei und man gegen Naturgesetze nicht anzukämpfen vermöge. Daher wurde Malthus sehr schnell ein populärer Mann, und selbst Leute, die sonst den Bestrebungen der Arbeiter nicht feindlich gegenüber standen, die sich niemals dazu verstanden hätten, die feingespinnnen Argumente der Lohnfondstheorie oder der Akkumulationstheorie als beweiskräftig gegen die Verbesserung der Arbeitsbedingungen gelten zu lassen, sahen doch in dem „Bevölkerungsprinzip“ ein unübersteigliches Bollwerk gegen alle diese Anstrengungen, das Dasein der Armen erträglich zu gestalten; daher sind auch die Schwierigkeiten begreiflich, die Place und Summe zu bewältigen hatten, als es galt, den englischen Arbeitern 1825 das Koalitionsrecht wieder zu erobern, das man ihnen lange Zeit unter Androhung der härtesten Strafen geraubt hatte. Die Darlegungen national-ökonomischer Gelehrter hatten der Arbeiterklasse auch alle jene Leute zu Feinden gemacht, die sonst geneigt waren, ihnen behilflich zu sein.

Freilich erwachte in der national-ökonomischen Welt auch sehr bald der Widerspruch gegen diese Malthus'sche Lehre: „Mit dieser Theorie“, sagt Nassau W. Senior, „kann man sich auf das Leichteste um die Unruhen und Kosten, die jeder Verbesserungsvorschlag mit sich bringt, herumdrücken.“ Es war übrigens durchaus kein Wunder, wenn Gelehrte sich gegen die Auffassung wendeten, als müsse jede Lohnerrhöhung sofort eine erhöhte Geburtenziffer im Schilde haben. Die gegenwärtigen Thatfachen

lagen damals schon gar zu offen am Tage, als daß man sie hätte übersehen können. „Der lange Arbeitstag von 12, 14 und 15 Stunden macht den Arbeitern ihre geistige Ausbildung unmöglich und zwingt sie dazu, nur sinnliche Vergnügungen zu suchen. Gezwungen, in Räumen mit hoher Temperatur, oft gemeinlich mit Frauen, viele Stunden zu arbeiten, in der Nothlage, sich von Stoffen ernähren zu müssen, die zur Ernährung nicht ausreichen, aber häufig die Ursache dauernder Reizbarkeit sind, überzeugt davon, daß kein Streben ihre Lage verbessern kann, werden sie notwendiger Weise zu großer Fruchtbarkeit getrieben. Dazu kommt dann noch, daß die vorzeitige Einstellung der Kinder in die Fabrik die Eltern zu der Ansicht verführt, daß eine große Familie eher ein Gut als ein Uebel sei. . . . Es ist klar, daß eine sehr hohe Geburtenziffer stets geringen Löhnen, langer Arbeitszeit, schlechter Nahrung, und also einer schlechten Vertheilung des Reichthums entspricht. Nichts steht der Geburtenziffer festere Grenzen als hohe Löhne und die Verbreitung von Behaglichkeit.“

Es ist freilich für Jeden, der die Leiden des arbeitenden Volkes aus eigener Erfahrung kennt, klar, daß der ausgeemgelte, von früh bis spät an die Trepmühle mechanischer Arbeitsverrichtung gebannte Mensch, der weder eine angenehme Wohnung noch sonst etwas sein eigen nennt, das seinen Geist zur Thätigkeit anspornen oder ihm irgend einen höheren Genuß ermöglichen könnte, daß dieser Mensch am ehesten Befriedigung im geschlechtlichen Umgang suchen wird. Auch Virchow hat das beobachtet: „Wie der englische Arbeiter in seiner tiefsten Verfunkenheit, in der äußersten Entblößung des Geistes endlich nur noch zwei Quellen des Genusses kennt, den Rauch und den Beischlaf, so hatte auch die oberclassische Bevölkerung bis vor wenig Jahren alle Wünsche, alles Streben auf diese beiden Dinge konzentriert. Der Branntweingenuß und die Befriedigung des Geschlechtstriebes waren bei ihnen vollkommen souverän geworden, und so erklärt es sich leicht, daß die Bevölkerung ebenso rapid an Zahl wuchs, als sie an physischer Kraft und an moralischem Halt verlor.“

Also statt daß mit der Besserstellung der Arbeiter eine Vermehrung der Geburten eintritt, wird im Gegentheil mit jeder Besserstellung der Arbeiter eine Kräftigung der Selbstbeherrschung und der Ueberlegung herbeigeführt. Es ist darnach klar, daß Malthus' Theorie, abgesehen ganz von ihrer sonstigen Widersinnigkeit, nichts gegen die Bestrebungen der Gewerkschaften beweist. Daß wir dennoch auch heute noch häufig genug die brutal-unvernünftige Aeußerung von Arbeitgebern hören, die Arbeiter sollten sich nicht eine so große Kinderchaar anschaffen, dann würde der Lohn schon ausreichen, ist lediglich auf die Zähigkeit, mit der solche Lehren an ihren Nachbarn haften, und darauf zurückzuführen, daß das Unternehmertum noch immer glaubt, sich gegen die Arbeiter Alles und Jedes erlauben zu dürfen. Die Arbeiterklasse in eine elende wirtschaftliche Nothlage zu versetzen, und ihr dann die Verantwortlichkeit für diese Noth aufzubürden, indem man sie der Leichtsinngigkeit im Geschlechtsverkehr beschuldigt, ist ein Hohn, wie er brutaler nicht gedacht werden kann. Das läuft darauf hinaus, als würde im Stillen Ozean Jemand über Bord geworfen und das Schiffpersonal würde auf die Hülfserufe des Ertrinkenden sagen: „Der Narr ertrinkt! Er braucht doch nur immer fortzuschwimmen, oder geduldig zu warten, bis das nächste Schiff kommt und ihn rettet.“ So fügt die herrschende Klasse dem von ihr verschuldeten Arbeiterelend häufig auch noch den Hohn hinzu. Wenn aber die Thatfachen den trügerischen Schleier Malthusianischer Uebersättigungstheorie sehr bald zerrissen, so waren darum die Gegner um gewichtige Gründe noch lange nicht verlegen. War es mit der Lohnfondstheorie und auch mit Malthus nichts, so mußte die Akkumulationstheorie in die Bresche springen.

An der Wende des vorigen Jahrhunderts hatte Adam Smith, entgegen der landläufigen Ansicht, nachgewiesen, daß nicht nur die landwirtschaftliche Arbeit Mehrwerth erzeuge, sondern daß die Arbeit schlechthin als die Erzeugerin von Werth und Mehrwerth anzusehen sei. Marx wies nun nach, daß alles Kapital dadurch entstehe, daß den Arbeitern nicht der volle Ertrag ihrer Arbeit, sondern nur ein Theil des von ihnen erzeugten Werthes in Lohnform ausgefolgt werde. Diese Benachtheiligung bei der Vertheilung des Erzeugten konnte auch die bürgerliche Oekonomie nicht leugnen; aber sie behauptete, daß diese Vertheilung der erzeugten Werthe durchaus natürlich und die einzig mögliche sei. Ja, die Arbeiter wären selbst an einer möglichst großen Profitmacherei interessiert; denn je höher die Profitrate in einer Gesellschaft, desto höher die dem Kapital zugefügten Ersparnisse, desto größer der Trieb zur Sparsamkeit. Und da nun die Kapitalisten bereit sein würden, ihre Ersparnisse in indu-

striellen oder sonstigen Produktionszweigen anzulegen, so würde jedes Ersparniß zu einer Belebung der Produktion führen und so also den Arbeitern wieder zu Gute kommen. „Die Politik der Arbeiter sollte also auch dahin streben, den Kapitalisten ihr Leben so angenehm und gewinnbringend wie möglich zu gestalten und sie zu industrieller Thätigkeit zu verlocken, gerade so wie der Kaufmann seine Kunden in den Läden zu locken versucht.“ Ach! ein kleiner aber wesentlicher Unterschied ist zwischen diesen Ladenhabern und Arbeitern; der Ladenhaber wird seinen Kunden scheeren, während der Arbeiter vom Kapitalisten, den er „anlocken“ soll, ganz auf's Gründlichste geschoren wird. Man kann es uns daher gewiß nicht verübeln, wenn wir, gestützt auf unsere alltägliche Erfahrung, den Vertheidigern dieser Sparsamkeits- oder Akkumulationstheorie vorläufig nicht den Gefallen thun, ihre Stellung auf Kosten unseres Lebens so gewinnbringend wie möglich zu machen, sondern bestrebt sind, durch zähes Ausdauern im Kampfe um die Verbesserung unserer Lage den gelehrten Gegnern zu beweisen, daß die Vermehrung und die produktive Anwendung des von uns erzeugten Reichthums durchaus nicht von den Launen unseres Kapitalisten abhängt. Wie wir bislang im Kampfe gegen die feindlichen Ideen gesiegt haben, so werden wir fortfahren, den Gegnern zum Trost, im steten Kampfe unsere Widerstandsfähigkeit zu wahren und fortzuschreiten auf dem Wege, der aus dem grauen Elend der kapitalistischen Gegenwart uns in die sozialistische Zukunft führt, welche, frei von den Uebeln kapitalistischer Ausbeutung, uns Erlösung bringen wird.

**Lohn Differenzen in Breslau.**

Die beiden Firmen Sternberg & Schröter und Lehmann, welche das Holz für die Tischlermeister zubereiten (schneiden, hobeln, feilen etc.), wollen die Maschinenpreise erhöhen. Kollege Langner berichtet über das Vorgehen Folgendes:

Die Firmen haben die günstige Konjunktur im Baufach sich zu Nutzen gezogen und die Preise für Maschinenarbeit um 25 bis 50 % pro Stunde erhöht. Aber nicht nur die Maschinenpreise an sich sind theurer geworden, auch die An- und Abfuhr der Hölzer, die bisher von den Firmen ohne Entgelt besorgt wurde, muß jetzt theurer bezahlt werden. Für eine einspannige Fuhr müssen M. 1,50, für eine zweispännige M. 2,50 gezahlt werden. Die Erhöhung trifft nicht nur die Bau-, sondern auch die Möbelfachler, denn der Preis ist für sämtliche Maschinenarten erhöht worden. Bis jetzt hatten die Affordarbeiter pro Stunde M. 1 für Maschinenarbeit zu entrichten. Im Jahre 1897 habe die Gesellschaft sich von dieser Verpflichtung befreien wollen, sei leider aber mit der Forderung nicht durchgebrungen. Es frage sich jetzt, zu wessen Lasten die Mehrforderung gelegt werden wird. Der Affordlohn ist schon ein so niedriger, daß die Erhöhung von den Gesellen nicht getragen werden kann, und es sei daher Sache der Gesellen, ein ernstes Wort mitzusprechen. Daß die beiden Firmen von ihrer Forderung zurückstehen werden, erscheint ausgeschlossen. Der Gesellenausschuß sei bereits bei ihnen vorstellig geworden, aber ohne Erfolg. Die Firmen wußten, daß sie leistungsfähig seien und von allen Arbeitgebern in der Bau- und Möbelbranche gebraucht werden. Die heutige Produktion erfordere eine schnelle Maschinenarbeit, und aus allen diesen Umständen schlagen die konkurrenzfähigen Fabriken Kapital. Freilich, die Kollegen haben noch nicht verstanden, sich eine günstige Konjunktur nutzbar zu machen. Langner wandte sich alsdann zu dem Maschinenbetrieb selbst und bemerkte, daß die Maschinenarbeit nicht überall von im Fach bewährten Arbeitern besorgt werde. Der Willigkeit halber werden oft Leute eingestellt, die durchaus ungeeignet seien. Den Schaden müßte der Tischler tragen. Die Debatte über diesen Gegenstand war eine sehr rege. Alle Redner: Giesmann, Ahler, Dehmelt, Turst u. A., stimmten mit dem Referenten überein, daß die Tischler in der Bau- und Möbelbranche eine Mehrbelastung nicht tragen könnten. Die Arbeitgeber müßten die Kosten tragen. Die billigen Arbeitskräfte in der Maschinenarbeit, die unregelmäßige Arbeitszeit schädigen die Tischler ohnehin sehr. Es werde sich die Nothwendigkeit ergeben, die Maschinenarbeiter besser zu organisiren, um die vorhandenen Schäden zu beseitigen. Herr Innungsmeister Ahler bemerkte: die Innung habe mit dem Gesellenausschuß berathen. Die Anfrage an die beiden Firmen, ob sie mit der Erhöhung nicht bis zum 15. Januar n. J. warten wollten, sei bemeint worden. Die Innung sei jetzt an die anderen Maschinenfirmen herangegangen, wie diese sich zu der Sache stellen, ob sie bei den alten Preisen verbleiben oder sie auch erhöhen wollen. Die Innung beabsichtige, nach Eintreffen der Antwort eine Versammlung aller Arbeitgeber in der Holzbranche einzuberufen. Nachdem Kollege Langner nochmals den einzunehmenden Standpunkt klar gelegt hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 6. November im „Schiefwerder“ tagende öffentliche Holzarbeiter-Versammlung erklärt die plötzliche Erhöhung der Maschinenpreise der Firmen Sternberg und Schröter und Lehmann als eine ungebührliche Härte, durch welche nicht nur die Arbeitgeber, sondern vor Allem diejenigen Arbeitnehmer, welche bei Affordarbeiten die Bezahlung der Maschinenarbeit mit übernehmen, auf das Empfindlichste in ihren Interessen geschädigt sind. Die Versammlung erklärt ferner, daß die Arbeiter der Holzbranche den Mehrbetrag der Maschinenarbeit auf keinen Fall tragen können, sondern daß die Arbeitgeber gehalten sind, entweder die Maschinenarbeit selbst zu bezahlen oder die Mehrkosten zu den Affordpreisen zuzuschlagen. Die Versammlung beauftragt die Lohnkommission, in Verbindung mit dem Gesellenausschuß mit den Arbeitgebern in Unterhandlung zu treten und zwar auf der Grundlage einer Erhöhung der Affordpreise um 25 %.“

Der Vorsitzende, die Kollegen Giesner, Giesmann und Proffig forderten energisch zum Anschluß an den Verband auf; durch die Billigkeit der Gesellen ginge eine Position nach der anderen verloren, während, wenn die Holzarbeiter eine geschlossene Ab-

bilbeten, sie viel erreichen wollten. Die Versammlung war von gegen 500 Personen besucht, in Anbetracht der wichtigen Verhandlungen hätte sie von 2000 besucht sein müssen.

Zur Bewegung der Musikinstrumentenarbeiter Leipzigs.

Wie bereits aus dem Bericht in Nr. 43 der Zeitung ersichtlich, hat die Sektion der Musikinstrumentenarbeiter innerhalb der Zahlstelle Leipzig des Deutschen Holzarbeiterverbandes die Werkstattdelagierten der Musikbranche beauftragt, mit ihren Arbeitgebern betreffs Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und entsprechender Erhöhung der Stundenlöhne zu verhandeln, alle weiteren Schritte jedoch abzuwarten. Die Berichte der Delegierten ergaben ein Entgegenkommen der Arbeitgeber, welche sich im hiesigen Industriezweig mit dieser Angelegenheit befaßt haben, nicht. Nur mit den Firmen, wo die Metallarbeiter die Mehrheit der beschäftigten Arbeiter bilden, werden noch Verhandlungen gepflogen, und erwartet man die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit am 1. Januar.

Allerdings haben die Arbeitgeber die verkürzte Arbeitszeit nur in der Form der „englischen“ (Englische Tischzeit? D. R.) bewilligt und eine prozentuale Erhöhung der Akkordpreise nicht stattfinden lassen, sondern nur die sehr wenigen Lohnarbeiter berücksichtigt. Die hiesigen Musikarbeiter haben in einer von 1200 Personen besuchten Versammlung vor Einführung der engl. Arbeitszeit mit derselben befaßt und gegen eine Stimme dieselbe gut geheißt, sowie die Kollegen bei den Firmen, wo am 30. Oktober die englische neunstündige Arbeitszeit nicht eingeführt sein sollte, beauftragt, sich energischer mit dieser Angelegenheit zu befassen.

Von einer allgemeinen Bewegung zur Erreichung höherer Akkordpreise, welche gerade in Leipzig sehr notwendig wären, mit Benutzung des letzten Mittels, „Streik“, sah man Verhältnisse halber (Formstreik z.) ab, beschloß aber, vorläufig, die Verhältnisse der Musikbranche in einer Berufsstatistik festzulegen.

Zur Frage der englischen Arbeitszeit stehen die Leipziger Musikarbeiter prinzipiell auf dem Standpunkt: Möglichst spät in die Fabrik und zeitig heraus; sollte die englische Arbeitszeit-Einstellung eine zu große Kraftanstrengung für die Arbeiter zeitigen, so haben die Arbeiter sich mit einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit zu befassen. Trotzdem die „Musikinstrumenten-Zeitung“ in ihrer letzten Nummer sehr empört über den Artikel der Stuttgarter Kollegen zu sein scheint, sind auch die Leipziger Musikinstrumentenarbeiter der Meinung, daß die Ersparnis an Zeit, Licht, Kohlen und sonstigen Betriebsausgaben, sowie die intensivere Arbeitsleistung der Arbeiter bei einer Arbeitszeit nach englischem Muster sehr wohl eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Akkordpreise, ohne Schädigung der Fabrikation und des Umfages, ermöglicht.

Da die Leipziger Fabrikanten, wie es scheint, auf dem Standpunkte der Leipziger Holzarbeiter stehen, möglichst ohne Streik die Verhältnisse zu regeln, so könnte auch die Berücksichtigung der obigen Wünsche der Arbeiter sehr zur Vermeidung eines Streiks beitragen, zumal dieselben nur berechtigt erscheinen, da in den letzten Jahren die Ausgaben der Arbeiter für Lebensmittel, Wohnungsmiete, Steuern zc. bedeutend gestiegen sind, während die Akkordpreise schon Jahre lang dieselben blieben. Die aufzunehmende Statistik wird das nur bestätigen. Aber auch den Leipziger Instrumentenmachern möchten wir zurufen: Nicht zu wähnen, daß Zeiten der „Harmonie“ angebrochen sind, wo eine Organisation überflüssig ist, sondern im Gegentheil, die betreffende Organisation muß erhalten und auch auf die letzten Kollegen ausgedehnt werden. Nur das Vorhandensein einer kräftigen Arbeiterorganisation ist das beste Bollwerk gegen einen Streik.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ interpelliert die Dresdener und Leipziger Kollegen, wie die Agitation unter den Arbeitern der Musikbranche in dem sächsisch-böhmischen Grenzbezirk am besten betrieben werden kann. Da auch die hiesige Harmonikaindustrie sehr unter der Konkurrenz der obigen Gegenden zu leiden hat, was rückwirkend auf Arbeiterverhältnisse sich bemerkbar macht, so werden wir uns in nächster Zeit mit dieser Angelegenheit befassen.

Sektion der Musikinstrumentenmacher Leipzigs.

Der Streik in den Lochmann'schen Musikwerken in Leipzig ist beendet.

Einem Bericht der „Leipziger Volkszig.“ entnehmen wir Folgendes:

Kollege Krüger führt aus: Der Streik dauere jetzt bereits acht Wochen. Man habe seine Hoffnung darauf gesetzt, daß, wenn von außerhalb nichts geliefert würde, der Streik immer noch zu Gunsten der Arbeiter ausfallen müßte. Dem sei aber nicht so. Man habe mit einer zu großen Masse von Arbeitswilligen zu rechnen. Auch wurde in Mühlhausen, nachdem hier von Seiten des Ausschusses erklärt wurde, der Streik sei beendet, der Betrieb im vollen Umfange wieder aufgenommen. Direktor Schluß schrieb nach Mühlhausen, es möchten doch zwei Mann kommen und sich überzeugen. Er wollte die Kosten tragen. Es erschien auch ein Mühlhäuser Arbeiter, und es war Sorge getragen worden, daß alle Plätze besetzt waren, wenn die Arbeitswilligen auch allen möglichen Branchen angehört. So befinden sich unter ihnen Schuhmacher, Schneider, Wäcker, Barbieri, Fleischer zc. Die Ausständigen haben Alles versucht, Herrn Schluß alle Zufuhren von außerhalb abzuschneiden. Leider führte Herr Richter einen Schachzug gegen seine Arbeiter aus, indem er erklärte: wenn ich jetzt nicht liefere, kann ich in Schwierigkeiten gerathen, insofern die letzte aufgegebenen Kommission zurückgezogen würde. So schickte er 50 Stück Schränke ab. Die Kollegen wandten sich nun nach Stuttgart und legten den Sachverhalt klar. Der Zentralvorstand war zu der Einsicht gekommen, daß, wenn so viel Arbeitswillige vorhanden seien, die viel Theilarbeit fertigen, die Arbeit deshalb nicht niederzulegen sei, weil sonst schließlich die ganze Zahlstelle in Mitleidenschaft gezogen und schließlich durch Eingehen der Richter'schen Fabrik der ganze Industriezweig von Mühlhausen verlegt würde. Es sei deshalb Lochmann'sche Arbeit nicht zu verweigern. Kollege Krüger bemerkt, es sei Alles versucht und die ganze Kraft eingesetzt worden; aber die gerechte Sache scheiterte an dem Unverstand der großen Masse, die keiner Organisation angehört und die den Streikenden in den Rücken gefallen ist. Doch gehen wir ehrenhaft aus dem Kampfe hervor. Wir wollen einen günstigeren Zeitpunkt abwarten, wo wir noch mehr gekämpft und gekämpft sind. Da werden wir mit frischen

Kräften von Neuem gegen das Unternehmertum zu Felde ziehen und Das wieder zu erringen suchen, was wir heute verlieren. Die Streikleitung empfiehlt, den Streik jetzt aufzuheben. — Kollege Meusch erläutert als Vertreter des Zentralvorstandes, wie der Vorstand dazu gekommen ist, die Beendigung des Streiks zu empfehlen, schließt aber mit dem Wunsche, daß jeder seiner Organisation treu bleiben möge; denn was wir heute von dem Direktor Schluß nicht erringen konnten, das wird der Ausschuss erringen, er wird mit dem System Schluß aufräumen. — Auch die Vertreter der Metallarbeiter sowie der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine empfehlen in längeren Ausführungen den Streik zu beendigen und eine günstigere Zeit abzuwarten. Es folgt ein längerer Meinungsaustrausch zwischen den Streikenden und den Leitungen der Organisationen. Alle Redner waren darin einig, mit allen Kräften die Organisation aufrecht zu erhalten, um die erlittene Scharte später wieder ausmengen zu können. Darauf stellt Kollege Meusch den Antrag, den Streik für beendet zu erklären und die Sperre über die Fabrik nicht zu verhängen. Der Antrag wird in geheimer Abstimmung mit 122 gegen 56 Stimmen angenommen. Nach der Abstimmung erklärten die Vertreter der Organisationen, daß die Unterstützung so lange gewährt wird, bis der letzte Mann untergebracht ist.

Auch der Zustand in den Adler-Musikwerken in Leipzig ist beendet. Eine der Hauptforderungen, Wiedereinstellung der Gemahregelten, hat sich insofern erledigt, als die Gemahregelten anderweitig Arbeit erhalten haben resp. auf Wiedereinstellung verzichteten. Der Vorwurf, daß dieser Kampf ohne Ergebnis endete, trifft diejenigen, die sich an dem Zustand nicht betheilig haben, sowie die Arbeitswilligen. Von den 73 Streikenden sind noch 47 Personen im Auslande gewesen; die Uebrigen sind theils abgereist, theils arbeiten sie an anderer Stelle. Ob der Betrieb der Adlerwerke voll und ganz wieder aufgenommen werden kann, ist noch zweifelhaft, da die Meisten der noch in Frage kommenden Arbeiter anderswo Arbeit suchen wollen. War auch der Sieg nicht auf Seiten der Arbeiter, so ist doch den Unternehmern gezeigt worden, daß die Arbeiter entschlossen sind, ihre Interessen in jeder Weise zu vertreten. Der Sieg der Arbeiter wird aber unter der Fahne Organisation noch erreicht werden.

Zur Arbeitslosenunterstützung.

Die rege Diskussion, die schon seit einem halben Jahre in unserem Organ über die Arbeitslosenunterstützung gepflogen wird, dürfte wohl als Maßstab des Interesses betrachtet werden, welches dieser Frage allseitig entgegen gebracht wird. Und das mit Recht. Denn von allen wichtigen Fragen, welche bisher der Beschlussfassung vorgelegen, dürfte wohl keine die Mitglieder so interessirt haben, wie diese.

Wir sehen denn auch vom Beginn der Diskussion an zwei Richtungen um die Durchdringung ihrer Anschauungen ringen. Und auf dem nächsten Frühjahr stattfindenden Verbandstage wird sich endgültig herausstellen, wer den Kampfplatz als Sieger verlassen wird.

Was nun die Frage selbst anlangt, so stehe ich auf dem Standpunkte, daß keine Organisation aus Gründen der Taktik sich der Einführung der Arbeitslosenunterstützung widersetzen sollte. Die guten Erfahrungen, die jene Organisationen, welche Arbeitslosenunterstützung gewähren, gemacht haben, und die Thatsache andererseits, daß jene Organisationen, die keine Arbeitslosenunterstützung gewähren, nicht recht vom Flecke kommen und eine ungeheure Fluktuation ihres Mitgliederbestandes aufweisen, Alles dies hat in mir die Ueberzeugung wachgerufen, daß auch unser Verband Arbeitslosenunterstützung gewähren muß, wenn er dauernden Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse seiner Mitglieder erlangen und behaupten will.

Nun sind es im Wesentlichen zwei Gründe, die von den Gegnern gegen die Einführung in's Feld geführt werden. Man glaubt erstens, daß der Klassenkampfcharakter der Organisation verloren gehe, und zweitens glaubt man, daß die Erhöhung des Beitrages uns die Mitglieder schaarenweise entführen würde.

Daß der Holzarbeiterverband auf dem Boden des Klassenkampfes stehen muß, versteht sich von selbst, und wird der Boden durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht unterwühlt, sondern gefestigt, was die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften beweisen.

Die von Dr. v. Schweiger Ende der 60er Jahre gegründeten Gewerksvereine waren ausschließlich dem Kampfe gewidmet. Mit geringen Beiträgen sollten sie die Mitglieder anlocken; die Zahl sollte den Unternehmern imponiren; „der eiserne Tritt der Arbeiterbataillone“ sollte den Lohnflaben bessere Arbeits- und Lohnbedingungen ertrogen. Der „Allgemeine Arbeiterbund“ nahm zwar zunächst einen ziemlich schwachen Verlauf, um ebenso schnell wieder von der Wüste zu verschwinden, weil er die Kämpfe, in welche er verwickelt wurde, nicht durchzuführen vermochte, auf Grund der geringen Mittel. Ohne Unterstützung ist eben kein Kampf durchführbar. Das sollten sich alle Kollegen recht fest in's Gedächtniß einprägen, die immer und immer sprechen von der Gefahr für die Organisation durch die „hohen“ Beiträge.

Die Arbeiter hatten jedoch durch diesen Mißerfolg der „Nur-Kampfororganisation“ gelernt.

Nach einer von Aug. Geib in Nr. 4 des „Pionier“ vom 26. Januar 1878 veröffentlichten Statistik bestanden bereits im Jahre 1877 in Deutschland 30 Gewerkschaften mit 49 055 Mitgliedern. Von diesen 30 Verbänden leisteten Unterstützung: bei Streiks 25, bei Arbeitslosigkeit aus anderen Ursachen 3, bei Mahregelung 2, Neuenunterstützung 17, Unterstützung bei Sterbefällen 8, Invalidenunterstützung 5; Krankenkassen waren für 16 Berufe vorhanden.

Auch diese Entwicklung des Ausbaues der Unterstützungs-einrichtungen vollzog sich im steten Kampfe mit den Vertretern der „Nur-Kampfororganisationen“. Aug. Geib fertigt sie in der Erläuterung der eben angeführten Statistik, wie folgt, ab: „Die Neuenunterstützung ist es zunächst, welche neben dem Arbeitsnachweis durch Gegenseitigkeitsverträge wirksam gemacht werden muß. Das heißt mit anderen Worten: für Neuenunterstützung ist noch mehr auszugeben als bisher. Erhöhen die Gewerkschaften hier ihre Leistungsfähigkeit, werden sie ihre Organisationen entziehen begeben. Der Arbeiter muß eben fühlen, daß seine Verbindung überall hinter ihm steht, erst dann wird sie ihm als ein Stück seiner Existenz an's Herz wachsen.“

Mit dem Beginn des Sozialistengesetzes 1878 verlor merke die jurige Gewerkschaftsbewegung; erst als zu Mitte der 80er

Jahre das Reich jenes Schandgesetzes weniger stark den Rücken der Arbeiter brückte, konnte wieder an dauernde Organisationen gedacht werden, und wir sehen, daß die neu errichteten Verbände mehr und mehr das Unterstützungswesen pflegen.

Ein Vergleich der Gewerkschaften vom Jahre 1877 mit denen im Jahre 1897 beweist deutlich die Zunahme des Unterstützungswezens. Es leisteten Unterstützung:

	Von 30 Verbänden 1877	Von 64 Verbänden 1897
Bei Streiks .....	25	56
Arbeitslosigkeit .....	8	18
Auf der Meise .....	17	87
An Gemahregelte .....	8	25
Für Rechtschutz .....	8	87
An Invaliden .....	6	2
Kranke .....	16	11
In besonderen Nothfällen .....	—	alle

Da die Kranken- und Invalidenversicherung durch Reichs-gesetz „geregelt“, sind diese Zweige der Unterstützung zum Theil ausgegeben. Die Zahlen beweisen einen Fortschritt auf dem Gebiete des Unterstützungswezens, und trotzdem wird doch wohl keiner ernsthaft behaupten wollen, die Arbeiter hätten in demselben Maße, wie das Unterstützungswezen vorgeschritten, an ihrem Klassenbewußtsein gelitten. Eine Vermischung auf das Niveau der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine ist nicht eingetreten. Für mich steht daher fest, daß Unterstützungs-einrichtungen, speziell die Arbeitslosenunterstützung, das Klassenbewußtsein nicht hindern, sondern fördern.

Die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine haben das Unterstützungswezen am konsequentesten durchgeführt, sie betrachteten dasselbe als Selbstzweck. Logisch betrachtet, müßten jene Gewerksvereine äußerst stark an Mitgliedern sein, was nicht der Fall. Die umfangreichen Unterstützungs-einrichtungen jener Gewerksvereine hat nicht die Erkenntnis von der wahren Struktur unleres Produktionsprozesses hintan zu halten vermocht; jene Erkenntnis nämlich, daß der Arbeiter in der bürgerlichen Gesellschaft eine eigene Klasse mit eigenen Interessen bildet, die unvereinbar sind mit denen der Kapitalisten.

Durch Gewährung von Arbeitslosenunterstützung wird der Verelendung entgegen gewirkt und das muß Aufgabe der Gewerkschaften sein. Immer die Bessergestellten sind es, welche am thätigsten für die geistliche Entwicklung der Bewegung eintreten. Je schlechter die jeweiligen Verhältnisse, je unempfindlicher ist der Arbeiter für die moderne Bewegung.

Den Einwand der Gegner, daß die kleinen Ortschaften nicht im Stande wären, den erhöhten Beitrag zu zahlen oder sich weigerten, unter den neuen Bedingungen dem Verbands anzugestehen, halte ich für ziemlich nebensächlicher Natur. Es ist doch zunächst eine Thatsache, daß auch in den kleinen Ortschaften der handwerksmäßige Betrieb mehr und mehr zurückgeht, und selbst in den kleinsten Ortschaften fabrikartige Produktion entsteht. Damit sind aber zugleich alle Fährnisse gegeben, die das Charakteristische der modernen Industrie bilden: Die Arbeitslosigkeit. Und zugegeben, daß hier und da in kleinen Ortschaften die Kollegen auf Grund besonderer Umstände nicht sehr von Arbeitslosigkeit zu leiden haben, so sind dieselben ja um so mehr im Stande, einen höheren Beitrag zu zahlen.

Man komme nicht mit dem beliebigen Einwand des geringen Verdienstes der Kleinstädter, jenes Stedenpferd der Gegner der Arbeitslosenunterstützung. Wenn man einmal die Einnahmen und Ausgaben der Großstädter mit denen der Kleinstädter in Parallele stellt, unter Hinzuziehung aller jener Opfer, welche seit jeder von Ersteren zu Gunsten der Letzteren gebracht worden sind und auch ferner gebracht werden, so bin ich überzeugt, daß die Großstädter dabei schlecht ab schneiden werden.

Ueber die Kostenfrage herrschen nun bei vielen Kollegen noch gerabegü übertriebene Vorstellungen. Ist doch bei Vielen die Meinung vorhanden, ohne 40, 50, ja 60 % Beitrag pro Woche sei zu etwas überhaupt nicht zu machen! Es sei hierzu vorweg bemerkt, daß unter den gegebenen Verhältnissen eine Arbeitslosenunterstützung niemals den vollen Ersatz des durch Arbeitslosigkeit entgangenen Arbeitsverdienstes bieten kann. Wer das wünscht, muß allerdings tiefer in seinen Beutel greifen und 50, 60 % und mehr opfern. Aber so weit sind unsere Ziele noch nicht zu stecken. Vorläufig handelt es sich um eine Unterstützung, welche den Kollegen vor äußerster Noth schützen soll, und dazu bedarf es in der That nur einer minimalen Erhöhung der Beiträge.

Man muß bei Beurtheilung der Beitragserhöhung alle jene Berechnungen, welche auf rein theoretischer Grundlage gewonnen sind, scharf trennen von denen, die aus der praktischen Erfahrung stammen. Wenn man z. B. die Höhe des Beitrages berechnen wollte nach der Reichsstatistik oder nach der Hamburger Arbeitslosenstatistik vom Jahre 1894 — wo eine Arbeitslosigkeit von 20 % konstatiert wird —, dann allerdings kommt man zu der Ansicht, daß die gewerkschaftlichen Mittel zu schwach sind zur Linderung der Noth. Wir haben es hier aber mit der Arbeitslosigkeit im Rahmen der Organisation zu thun, und da stellt sich die Sache bedeutend günstiger, zumal wenn man bedenkt, daß nach unten und nach oben eine Karenzzeit festgesetzt werden muß.

Auf Seite 31 der „Statistischen Erhebungen für das Jahr 1897“, vom Vorstand des Deutschen H.-V. herausgegeben, ist zu lesen, daß im Jahre 1897 eine Summe von M. 178 781 infk. Neuenunterstützung ohne jede Karenzzeit und für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit genügt hätte, allen Betroffenen eine Unterstützung von M. 1 täglich zu gewähren. Das würde auf 42 280 Mitglieder und auf 52 Wochen vertheilt pro Woche 8 % betragen.

Kollege Leipzig hat sodann an der Hand der Jahresberichte des Städtischen Arbeitsamtes in Stuttgart (also auf Grund praktischer Erfahrungen) den Beweis erbracht, daß ein Beitrag von 4 1/2 % genügt hätte, um eine Arbeitslosenunterstützung von M. 1 pro Tag und auf die Dauer von 42 Tagen bei einer Karenzzeit von sechs Tagen zu gewähren. Diese Berechnung deckt sich in der That mit den Erfahrungen, welche alle Organisationen, die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, gemacht haben.

Der Vorstand der Metallarbeiter hat feinerzeit berechnet, daß eine Erhöhung des Beitrages um 5 % pro Woche genügt, um bei einer Karenzzeit von einem Jahre, Unterstützung in Höhe von M. 40 zu zahlen.

Der Vertreter des Buchdruckerverbandes hat auf dem Gewerkschaftskongress in Berlin festgestellt, daß die Arbeitslosenunterstützung bei seiner Gewerkschaft 10 % absorbiert. Die Buchdrucker leisten jedoch für 70, 140 und 280 Tage, je nachdem das Mitglied 100, 150 oder 750 Wochenbeiträge geleistet hat, Arbeitslosen- und Reiseunterstützung.

Mit einem Beitrage von 25 % leisten die Kupferschmiede für 13 Wochen Reise- und 13 Wochen Arbeitslosenunterstützung im Betrage von täglich M. 1. Der Zentralverband der deutschen Formler leistet schon bei einem Beitrage von 20 % eine allerdings minimale Arbeitslosenunterstützung.

Daß die englischen Gewerkschaften umfangreiche Unterstützungsanstalten haben, ist bekannt; aber nicht so bekannt dürfte der verhältnismäßig niedrige Beitrag dieser Gewerkschaften sein. So zahlen z. B. die Zimmerleute und Tischler in England 1 sh Beitrag pro Woche, wofür die Organisation Folgendes leistet: Zunächst 12 sh wöchentlich an Krankengeld auf 26 Wochen; £ 12 beim Tode des Mannes; £ 5 beim Tode der Frau; bei Unfall- und Arbeitsunfähigkeit £ 100; wöchentliche Altersunterstützung 7-8 sh; Arbeitslosigkeit 10 sh auf zwölf Wochen und 6 sh auf fernere zwölf Wochen.

Wenn man soeben noch in Betracht zieht, daß jene Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen, ihre Mitglieder leichter im Verband halten, wie jene Organisationen, die die betreffende Unterstützung nicht gewähren, so müßte dies schon allein ein Grund sein, für Einführung der Arbeitslosenunterstützung einzutreten.

Laut „Correspondenzblatt“ der Generalkommission waren in folgenden Organisationen mit Arbeitslosenunterstützung organisiert: Buchdrucker 50 pZt., Handschuhmacher 74 pZt., Wilschauer 56 pZt., Kupferschmiede 35 pZt., Porzellanarbeiter 25 pZt., Zigarrenarbeiter 24 pZt.

In den Organisationen ohne Arbeitslosenunterstützung: Tabakarbeiter 10 pZt., Maurer 3 pZt., Metallarbeiter 8 pZt., Holzarbeiter 5 pZt., Zimmerer 2 pZt.

Wenn man die Zahlen, die auf realem Boden stehen, vorurteilsfrei betrachtet, so muß man unbedingt zu dem Schlusse gelangen, daß auch wir Holzarbeiter nicht länger mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung zögern dürfen, ohne von der Nachwelt der Verletzung notwendiger Pflichten bezichtigt zu werden.

Kollege Paul Schmieder in Mäherleben schreibt Namens der Mitglieder dortiger Zählstelle: Ich kann es nicht für gut befinden, daß sich die Gegner der Arbeitslosenunterstützung immer auf die kleinen Zählstellen berufen, daß diese einen höheren Beitrag nicht zahlen können. Darüber sind wir anderer Meinung. In größeren Städten werden häufig Extrabeiträge von den Mitgliedern erhoben, in kleinen Städten kommt das garnicht vor. Die kleinen Zählstellen können und werden gern einen höheren Beitrag zahlen. Durch die Arbeitslosenunterstützung wird es möglich, daß auch mal Verheirathete nach kleinen Orten übersiedeln, wenn das Kost- und Logiswesen beim Meister abgehandelt ist. Die Verheiratheten werden dann den Stamm in den Zählstellen bilden und die alte Ausrufe: „Was müß uns der Verband, wir haben ja nichts davon“, würde dann viel leikener gehört werden, wenn den Indifferenten ein materieller Vortheil geboren werden kann. Wir sind also der Meinung, daß nicht eine Ausnahme, sondern eine Zunahme der Mitglieder die Folge sein wird. Mögen die größeren Zählstellen nur ihr Gammeln über die Zahlungsunfähigkeit der Kollegen in Kleinstädten einstellen und diesen lieber nahelegen, daß sie wohl zahlen können, wenn sie nur wollen.

Die Zählstelle Neustadt a. d. Saardt nahm in ihrer am 4. d. M. statt besuchten Mitgliederversammlung betreffs der Arbeitslosenunterstützung folgende Resolution an: „Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, da in den kleinen Städten, auch bei Krühen, die Arbeitslosigkeit nur in beringertem Maße auftritt und durch Erhöhung des Beitrags der Mitgliederstand zurückgeht.“

Die Zählstelle Lüneburg entschied sich nach einem Referat des Kollegen Leipart für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Die Zählstelle Schwelm konnte zu einem definitiven Beschlusse noch nicht kommen. Die überwiegende Mehrheit glaubt jedoch, daß durch eine Erhöhung des Beitrags ein Verlust an Mitgliedern eintritt und die Werbung von Mitgliedern schwieriger werde.

**Rundschau.**

**Potsdamowky und seine Zuchthausfreunde haben Recht.** Das Angehörige Landgericht hat den Maurer Alois Bus, der nach Angabe der „Augst. Abendpost“ bei den Kranen der Zuchthausverwaltung geschäftlich des Maurermeisters der „Märkerländer“ gewesen sein soll und deshalb in Untersuchungshaft genommen wurde — außer Verfolgung gesetzt. Mit ihm mehrere 10 Zuchthausgefangene. Das Gericht gelangte zu der Überzeugung, daß gegen die zwölf Angehörigen keine hinreichenden Verdachtsgründe vorliegen, sich eines Verbrechens oder Vergehens des Auftrags oder Landfriedensbruchs schuldig gemacht zu haben. Die in der Sache erwachsenen Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Neben mir 10 Strafbefehl aus den Herrn Zuchthausgefangenen, was von ihnen in gerichtlicher Angelegenheit, daß sie in Untersuchungshaft genommen worden sind.

**Gegen die Zuchthausvorlage.** Wie kürzlich die Zeitschrift des Gewerkschafts in Frankfurt, hat jetzt auch der Aufsicht der Mannheimer Gewerkschaft sich gegen die Vorlage ausgesprochen.

**Wird die Zuchthausvorlage von der Regierung zurückgezogen werden?** In national-liberalen Kreisen wollte man vor einigen Tagen den Vorwurf gegen die Vorlage hören, daß die Regierung die Vorlage nicht zurückgezogen werden lassen möchte, weil die Regierung sich nicht auf einzelne Paragraphen beschränken

wird, wenn — ja wenn nur etwas dabei herauskommen möchte, was nach Zuchthaus riecht. Man hofft in Regierungskreisen, das Zentrum werde nicht nur Abänderungsanträge stellen, sondern auch seinen angekündigten Gegenseitigen einbringen, wissend, daß dann die Schacherpolitik ihren Anfang nimmt und die Regierung bei dem Schacher mit dem Zentrum noch nicht schlecht wegkommen ist. Lieber, der Führer des Zentrums, soll nun, wie die „Tägl. Rundschau“ schreibt, erklärt haben, „er sei von seiner Absicht, Verbesserungsanträge zu stellen, längst abgekommen“. Hieraus folgert genanntes Blatt, daß dem Gesetz sein definitives Todesurtheil gesprochen sei und in zweiter Lesung ohne Kommissionsberatung abgelehnt werde. Wir rathen, auf diesen Sandfelsen nicht

zu bauen, sondern in dem Protest gegen die Zuchthausvorlage unermüßlich fortzufahren. Auf das Zentrum ist eben noch kein sicherer Verlaß.

**Material zur Zuchthausvorlage.** Das „Correspondenzblatt“ der Gewerkschaften Deutschlands schreibt:

Die nunmehr erschienenen näheren Angaben der Kriminalstatistik für 1897 ermöglichen es, auch für dieses Jahr eine Gegenüberstellung der Vergehen bei Streiks mit den Vergehen, welche besonders unter Mitgliedern der bestehenden Klasse und bei Unternehmern vorkommen, zu machen.

Wir erhalten bei dieser Gegenüberstellung das durch die nachstehende Tabelle veranschaulichte Bild.

Jahr	Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung										Zahl der Verurtheilten wegen					
	Angeklagte	Verurtheilte	Freigeiprochene	Strafen						Zweikampf	Banterott					
				Verurtheilte, gegen welche erkannt ist auf Gefängnis							betriebliger	einfacher	Vergehen gegen die §§ 146, 146a, Verurtheilung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern	Vergehen u. Vergehen im Amte	Vergehen u. Vergehen gegen	Vergehen überhaupt
				und zwar von		Geldstrafe	Verweis	Geldstrafe	Verweis							
1891	196	177	79	8	16					45	21	27	1	—	60	186
1892	109	74	35	2	8	17	26	21	1	—	77	181	759	845	1570	442327
1893	86	38	48	2	8	18	9	6	1	—	66	144	687	741	1555	430408
1894	73	47	26	—	9	11	13	14	1	—	83	142	737	891	1590	446110
1895	136	93	43	1	13	25	28	26	—	1	107	162	842	837	1458	454211
1896	399	252	147	9	34	73	71	58	2	7	110	150	675	985	1417	456999
1897	463	254	204	2	32	87	86	43	1	4	148	176	649	944*	1330	463585
Ca. ...	1462	875	682	24	120	271	254	195	7	12	643	1141	4997	5098	10400	3084699

\* Darunter nicht weniger als 184, die wegen des gleichen Vergehens schon vorbestraft sind. Sämmtliche Verurtheilte erhielten Geldstrafen, abgesehen für diese Vergehen auch Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten vorgezogen ist.

Wemerkenswerth ist, daß die Zahl der auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung Angeklagten im Jahre 1897 ganz bedeutend gewachsen ist, während die Zahl der Verurtheilten gegenüber dem Vorjahre nur um 2 stieg. Das war das Jahr, in welchem der Geheimrat des Grafen v. Hofadowsky und die Rede des Kaisers in Bielefeld ihre Wirkung thaten. Die Wirkung lag in der Vermehrung der Anklagen, doch gelang es nicht, die Zahl der Verurtheilten wesentlich zu erhöhen.

Bei dem Hochheitsvergehen, das als Zweikampf bezeichnet wird, im wahren Sinne aber nichts Anderes als ein Mordverbrechen ist, stieg die Zahl der Verurtheilten von 110 im Jahre 1896 auf 140 im Jahre 1897, d. h. um 27,27 pZt. Die Zahl der wegen Streikvergehen Verurtheilten stieg dagegen nur um 0,79 pZt. Vergleichen wir die Zahlen der Jahre 1891 mit denen von 1897, so ergibt sich bei den Streikvergehen eine Steigerung der Verurtheilten von 117 auf 254, das sind um 137 oder 117 pZt., die wegen Zweikampfs Verurtheilten stiegen aber von 60 auf 140 oder um 133 pZt. Die Höhe der Geldstrafen der Nation ist in dem Zeitraum von sieben Jahren um 16 pZt. mehr gestiegen, als die der streikenden Arbeiter. Trotzdem aber will man diese in's Zuchthaus stecken, wenn sie sich ein Vergehen zu Schulden kommen lassen, während die Edelsten trotz größerer Höhe auf die Festungen geschickt werden, was bei Vielen von ihnen weniger zum Schaden, als zur Verbesserung ihrer Gesundheit dient.

Die Zahl der wegen Streikvergehen Verurtheilten ist gegenüber den anderen, vornehmlich bezeichneten Verurtheilungen überaus gering. Die Zahl der wegen Vergehen gegen die Gewerbeordnung bestraften Unternehmer ist nahezu sechs Mal höher. In der Kriminalstatistik sind aber nur die Verurtheilten von Unternehmern geführt, welche auf Grund eines gerichtserkenntnisses erfolgten. Thatsächlich ist die Zahl der Unternehmer, welche sich ein Vergehen gegen § 146 der Gewerbeordnung zu Schulden kommen lassen, bei Weitem höher, wie dies aus den Berichten der Gewerbeinspektoren, hervorgeht. Mögen diese Zahlen auch noch so deutlich zu Gunsten der Arbeiter sprechen — streikende Arbeiter müssen doch in's Zuchthaus.

**Zweierlei Recht schon vor dem Zuchthausgesetz.**

Die „Säch. Arbeiterztg.“ berichtet über folgende Fälle: In diesem Frühjahr beschloß eine Versammlung der Zehdenicker Maurer- und Zimmermeister, die Forderung der Arbeiter: zehntündige Arbeitszeit und 35 % Stundenlohn, nicht zu bewilligen. Gleichzeitig legte die Versammlung fest, daß Jeder, der gegen diesen Beschluß verstoße, eine vom Innungsgericht festzusetzende Strafe von M. 300 bis 500 zu erlegen habe. Infolge dieses Beschlusses, der von den Arbeitgebern ausgeführt wurde, kam es zum Streik. Bald darauf traten zwei Unternehmer, der Maurermeister Braun und der Zimmermeister Tappe, von den mit ihren Kollegen getroffenen Vereinbarungen zurück und bewilligten die Forderungen der Streikenden. Die Arbeitgeber, die nicht bewilligt hatten, die Herren Pflug und Genossen, erließen nun in einem Zehdenicker Blatte eine gegen B. und T. gerichtete Erklärung, diese antworteten darauf und in einer weiteren, von Pfl. und Gen. in zwei Zeitungen veröffentlichten Gegengung wurden die Herren B. und T. als „dunkle Grenzmannen“ und deren Angaben als „ganz gemeine Unwahrheiten“ bezeichnet.

Auf dem Wege der Privatklage wurde erreicht, daß die Delinquenten vom Schöffengericht in Zehdenick zu einer Geldstrafe von nur M. 10 verurtheilt wurden, unter der Berücksichtigung, daß sie in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hätten. Arbeiter, die gegen Streikvergehen behauptende Erklärungen erließen — und als ein „Strafbuch“, hilslos gesprochen, wird das Verhalten der Herren Braun und Tappe von ihren Kollegen betrachtet, — sind in zahlreichen Fällen zu sehr harten Gefängnisstrafen verurtheilt worden, ohne daß ihnen der Schutz des § 193 St.-G.-B. zugesprochen worden wäre. Man denke nur an die unerbittlichen Urtheile anlässlich des letzten Dresdener Maurerstreiks!

„Man eben zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe!“ So erklärte Justizminister Schöndjers, und der muß es doch wissen.

**In Sachsen erklärt die Polizei Streiks für beendet** und die Streikkommissionen kurzerhand für aufgelöst. Im Dezember d. J. erklärte die Polizei in Zwickau den dortigen Maurerstreik für beendet und verbot den Streikleitern die Fortsetzung der agitatorischen Thätigkeit für die Fortsetzung des Streiks. Dagegen hatte das Streikcomité Refus erhoben.

Neuerdings hat nun die Kreishauptmannschaft Zwickau in dieser Angelegenheit eine Entscheidung in ablehnendem Sinne getroffen. Sie hat das Vorgehen der Zwickauer Polizeibehörde als zulässig anerkannt und den erhobenen Refus abgelehnt.

Nach diesem Urtheil der Zwickauer Kreishauptmannschaft ist es also einer Polizeibehörde in die Hand gegeben, einen Streik nach Belieben aufzulösen, d. h. die Polizeibehörden haben in der Kreishauptmannschaft Zwickau das Recht, eine Arbeitseinstellung zu verbieten und damit in Verbindung stehende Handlungen unter Strafe zu stellen.

Die Kreishauptmannschaft Zwickau hat damit genau in demselben Sinne entschieden wie seinerzeit, als die Zwickauer Polizei den angeblich „erlöschenen“ Zimmererstreik für beendet und das Streikcomité für aufgelöst erklärte.

Gegenüber solcher Polizeiwillkür wagt man in den Kreisen der Zuchthausanhänger noch zu behaupten, daß die Arbeiter eine unbeschränkte Koalitionsfreiheit haben. Wie es in Sachsen wohl nach Annahme der Zuchthausvorlage aussehen wird?

**Der „schlußlose“ Generalsekretär des Zentralverbandes der Industriellen, Bued,** giebt in Schweinburg's Organ bekannt, daß die ihm von dem sozialdemokratischen Abgeordneten des bayerischen Landtages, Segis, in den Mund gelegten Worte, wonach er, B., gesagt haben soll, daß die Arbeiter als Knechte geboren seien und als solche ihr Leben zu vollbringen haben, erfunden seien. Wenn schon er gegen mehrere Redakteure, in deren Zeitungen diese Notiz gestanden, Strafantrag gestellt und auch Verurtheilungen derselben von M. 300 bis sechs Monaten Gefängnis herbeigeführt habe, so sei er dem Abgeordneten Segis gegenüber „schlußlos“, da dieser unter dem Schutze der parlamentarischen Redefreiheit jene Aeußerungen wiederholt habe.

Der arme Bued!

**Heber „Geschichte und Theorie der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung“** will Herr Professor Sombart in Breslau vor Arbeitern einige Vorträge halten. Darob ist das schlesische Heß- und Scharfmacherorgan, die „Schles. Ztg.“, ganz entsetzt und rumpelt den Humboldtverein für Volksbildung wie folgt an:

„Der lebhafteste Beifall, mit dem das hiesige sozialdemokratische Organ (die „Volksmacht“ in Breslau ist gemeint) das geplante Unternehmen sofort begrüßt hat, kann auch dem Fernerstehenden über die Bedenklichkeit desselben keinen Zweifel lassen. Hier handelt es sich nicht mehr um „Volksbildung“, sondern um einen Mißbrauch dieses edlen Namens, der dem Verein von seinen Gründern gegeben worden ist. Wenn die Leiter des Vereins jetzt in aller Form den Versuch machen, die extrem wissenschaftlichen Anschauungen Sombart's, deren einseitige Tendenz selbst im Verein für Sozialpolitik kürzlich hier aus Anlaß seines Vortrages über Waarenhäuser und Kleinhandel von berufener Seite scharfen Widerspruch erfahren hat, für „Waarenhauspreise“ in die breitesten Massen des Volkes einzuführen, so wird die Folge davon nicht sowohl die Hebung des Niveaus der allgemeinen Bildung und die Förderung der sozialen Friedensarbeit sein, sondern es werden damit lediglich die Waffen des sozialen Kampfes geschärft.“

Die „Volksmacht“ meint zu diesem Ergüsse treffend: „Die „Schlesische Zeitung“, das Heß- und Scharfmacherblatt allerersten Ranges, als Vorkämpferin wahrer Volksbildung und Förderin sozialer Friedensarbeit — kann man sich ein hübscheres Bild denken?“

Selbstverständlich kümmern sich die Breslauer Arbeiter nicht um das Geflässe der Scharfmacherpresse. Sie besuchen die Vortragsabende und wenn dem Organ für „Ordnung, Bildung und Einte“ ob der großen Zahl Besucher auch der pure Schrecken in die Glieder fährt.

**Zum Bauarbeiterschuss.** In München tagte eine Konferenz zwischen staatlichen und städtischen Baubeamten, Aufsichtsbeamten, Unternehmern und Arbeitern, um über die geeignetste Baukontrolle zu beraten. Es wurde schließlich beinahe Einstimmigkeit erzielt über folgende Vorschläge: 1. Es sollen Baukontrolleure ange stellt werden. 2. Die Anstellung soll dauernd sein. 3. Die Kontrolleure sollen aus den Reihen der Arbeiter entnommen werden. 4. Die Bauarbeiter können die Vorschläge für die Kontrolleure machen. 5. Die Kosten dieser Einrichtung trägt die öffentliche Baukontrolle. 6. Die Einrichtung ist durch gesetzliche Vorschriften zu ordnen.

Daß die Konferenz stattfand, ist zumeist dem steifen Drängen der Arbeiter und der öffentlichen Kritik über die Bauwunsfälle

zu verdanken. In der Diskussion behauptete ein Bauarbeiter Steinhäuser aus Augsburg, daß die Schuld an den Unfällen der Trunkfucht der Münchener Maurer zuzuschreiben sei; wenn die Trunkfucht nicht wäre, brauchte man keine Baukontrolle. Bauarbeiter Weber und Andere protestierten dagegen. Die Qualität der Münchener Arbeiter sei gut, es sei nie ein über den gewöhnlichen Maßstab gehendes Trinken wahrgenommen worden. Arbeitervertreter C. Schmid-München, der im Auftrage der Ortskrankenkasse die stattgehabten Unfälle kontrollierte, erklärte, daß er das Mitzzeug selten in der Qualität angetroffen habe, wie es im Verhältnis zum Bau erforderlich gewesen wäre. In den Beanstandungen habe er stets die Unterstützung des Vertrauensmannes der Berufsgenossenschaft gefunden, was dafür spreche, daß ein Verschulden der Arbeiter sehr selten zu konstatieren sei. Auch beschwert sich Meßner über einen Beamten, der bei einer derartigen Kontrolle eine Beanstandung in das Protokoll aufnehmen sich mit den Worten weigerte: er nehme nicht Alles auf, was ein Maurer wünsche.

Fabrikinspektor B. Blath-München bestätigt, daß die Arbeiter Kollegen gegenüber mehr Vertrauen an den Tag legen, als gegenüber den Technikern und Beamten. Er spreche hier aus Erfahrung und stimmt den beglücklichen Ausführungen Wills zu. Er erblickt die beste Baukontrolle in einer Kommission, bestehend aus einem Beamten der Berufsgenossenschaft, einem Baumeister und einem Bauarbeiter, die dann gemeinsam kontrollieren.

Auch der Minister Herr v. Feilich gab zu, daß etwas geschehen müsse; Kontrolleure aus den Reihen der Arbeiter könnten segensreich wirken. Mancher Bau sei schauderhaft anzusehen.

Warum eine Anzahl der Unternehmer sich gegen die Kontrolle durch die Arbeiter sträuben, das sagte Architekt Wittmann mit den Worten: „Wenn wir Unternehmer uns durch die Gesellen müssen kontrollieren lassen, so haben wir ein Stück Zukunftsstaat geschaffen.“

Wenn die Bauarbeiter Solches hören, wird gewiß so Manchem aufdämmern, wie nötig es ist, den Gegenwarts-Gaß zu besichtigen.

Die Berliner Parteigenossen haben am 6. November einen glänzenden Sieg errungen bei den Stadtverordnetenwahlen zur dritten Klasse. In 21 Bezirken war eine Wahl vorzunehmen. In zwölf davon wurde ein Sieg errungen, in drei kommen sie in Stichwahl. Sechs Bezirke, die unsere Parteigenossen vorher inne hatten, sind also behauptet und sechs neue hinzu gewonnen. Unter den Gewählten befinden sich unsere Kollegen Koblentz, Millarg, Hünke und Pfannkuch. In Stichwahl kommt Kollege Glöde.

Der zweite sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Württembergs ist im Wahlkreis Eßlingen gewählt worden. Es geht vorwärts!

**Korrespondenzen.**

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

**Berlin.** Die Malbasterdrechsler, welche zum Holzarbeiterverbande gehören, beschäftigten sich in einer Versammlung mit den Arbeitsverhältnissen ihres Gewerkes. Kollege Schobel führte aus, daß sich diese Arbeiter bisher mit ihren traurigen Verhältnissen zufriedener gegeben haben. Die Zustände in einigen Arbeitsstätten spotten aber geradezu jeder Beschreibung. Nicht nur fehle es an der durchaus notwendigen Lüftung und Reinlichkeit, in den fortwährend von Staub erfüllten Räumen, obwohl dies längst von dem Gewerbe-Inspektor verlangt wurde; es werde infolge der niedrigen Löhne auch noch Ueberzeit gearbeitet. Akkordarbeit ist überwiegend und dürfte auch leider nicht so rasch zu beseitigen sein. Die Hausindustrie und Frauenarbeit, sowie die große Zahl der ungelerten Arbeiter haben traurige Zustände und niedrige Löhne gezeitigt. In den Ankleideräumen müssen vielfach männliche und weibliche Arbeiter sich gemeinsam umkleiden. Für Waschgelegenheit ist fast garnicht gesorgt, so daß die Arbeiter eben vorziehen, mit allem Staub und Schmutz behaftet die Arbeitsstätten zu verlassen. Da nunmehr in den letzten Monaten die Organisation des Deutschen Holzarbeiterverbandes sich mit der Beteiligung dieser Uebelbestände befaßt und einen Teil dieser Arbeiter zur Organisation herangezogen habe, seien auch bereits die üblichen Maßregelungen erfolgt. Meßner schließt mit der Aufforderung zur Einigkeit, damit durch ein gemeinsames Vorgehen aller Arbeiter und Arbeiterinnen eine Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Beitritt zur Organisation erzielt werde. Es erfolgte nunmehr eine mehrstündige Besprechung, in deren Verlauf von einer großen Anzahl Arbeitern die Zustände in den einzelnen Betrieben in sehr drastischer Weise geschildert wurden. Leider seien aber viele Uebelstände durch die Gleichgültigkeit und Passivität der Arbeiter selbst verschuldet. Einigen Schriftführern wurde Bestechlichkeit vorgeworfen. Augenblicklich handele es sich darum, die günstige Geschäftssituation auszunutzen und möglichst bald einen geeigneten Tarif für alle Sonderarbeiten fertig zu stellen, um diesen den Fabrikanten zur Bewilligung zu unterbreiten, was in den nächsten Tagen geschehen soll. Auch die 10 pzt. Jogen. „Dampfgebläse“, welche die betreffenden Arbeiter, Drechsler etc., für Benutzung der Maschine zu zahlen haben, sollen ermäßigt oder gänzlich beseitigt werden. In einer Besittat sind bereits Maßregelungen vorgekommen. In den nächsten Tagen werden Werkstattversammlungen abgehalten, in welchen die Tarifforderungen besprochen werden sollen. Die Anwesenden verpflichteten sich einstimmig, in allen Betrieben sofort die Arbeit einzustellen, falls weitere Maßregelungen stattfinden sollten.

**Hohenlimburg.** Hier sind nach einem Referate des Kollegen Gräfer-Elberfeld elf Kollegen dem Verbands begetreten. Wir hoffen, daß es uns gelingen wird, recht bald eine Zahlstelle errichten zu können.

**Köln.** Nach vieler Mühe gelang es, einen Teil der am Orte und in den Vororten, wie Mülheim a. Rh., beschäftigten Stellmachern zu einer Besprechung zusammen zu bekommen. Ihre Zahl betrug 45. Trotz der langen Arbeitszeit, trotz der niedrigen Löhne und der schweren physischen Anstrengung war es doch nicht möglich, die Stellmacher für die Organisation zu gewinnen. Es wurde festgestellt, daß Löhne von M. 13-15 gezahlt werden; selten verdient jemand M. 20 und darüber

pro Woche. Das Kost- und Logiswesen hat sich in Köln immer noch theilweise erhalten. Der Lohn beträgt in diesen Fällen M. 5-7. Allgemein wurde der Wunsch ausgedrückt, eine Sektion für die Stellmacher zu gründen, weil dadurch die Agitation besser betrieben werden könne und hoffentlich infolge des regeren Anschlusses die bestehenden Mißstände im Gewerbe beseitigt werden und besseren Zuständen Platz machen würden. Die Gründung einer Sektion wurde beschlossen. Jeden ersten Samstag im Monat findet eine Versammlung statt und, wenn die Verhältnisse es bedingen, dazwischen eine öffentliche Versammlung mit den Schmieden zusammen. Die nächste öffentliche Versammlung findet am 18. ds. Mts. im großen Saale in Benz' „Erholung“, Sandbahn 1, statt.

**Ludensweiler.** (Berichtigung.) Nach dem Versammlungsbereicht in Nr. 46 soll ich gesagt haben, „daß die Arbeitslosenunterstützung nur das Mittel zu dem Zwecke wäre, um bei Lohnbewegungen eine bessere Kasse zur Verfügung zu haben.“ Solchen Unsinn wird mir Niemand zutrauen. Ich habe ziemlich ausführlich behandelt, daß durch die Einführung bei uns auch ein besserer Mitgliederbestand und bessere Kassenverhältnisse sich zeigen werden. Daburh können wir mehr wie bisher und hauptsächlich nachhaltiger auf die Erringung von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen hinwirken, so daß die Unterstützung folglich nicht als Selbstzweck anzusehen ist, sondern als Mittel zum Zweck, als gewerkschaftliches Kampfmittel in erster Linie. Dann habe ich aber auch ausgeführt, daß wir verpflichtet sind, unseren durch Arbeitslosigkeit betroffenen Kollegen nach besten Kräften zu helfen, damit sie nicht vollständig für uns verloren gehen. Hieraus geht hervor, daß ich von dem Berichtschreiber falsch verstanden bin. Klingner, Berlin.

**Blauenher Grund.** Am 4. November fand im Gasthose „Zum Deutschen Haus“ in Botschappel eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt. Kollege Fleischer-Böbden, referierte über: „Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung im Dienste des Kulturfortschritts.“ Referent geißelte zunächst die Ansichten der Gegner der Gewerkschaften, die da meinen, der Standpunkt, auf den die heutige gewerkschaftliche Arbeiterbewegung steht, sei nicht der richtige; die Arbeiter müßten mit den Unternehmern auf friedlichem Wege Hand in Hand gehen, wie die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften. Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung könne diese Ansichten auf keinen Fall vertreten. Die bürgerliche Gesellschaft habe die heutigen Zustände geschaffen; die Klassenunterschiede treten immer krasser zu Tage. Infolgedessen müssen sich die Arbeiter der modernen Gewerkschaftsbewegung anschließen, um den Angriffen der Unternehmer entgegen zu treten. Durch die maschinelle Entwicklung ist der Arbeiter ein untergeordneter Faktor geworden; die Löhne sind gesunken und der Arbeiter muß seine Arbeitskraft, mehr denn je auszunutzen. Er wird daher gezwungen, sich zu organisieren, um dem Unternehmer ein halt zu bieten, damit er nicht immer wieder mit Lohnföhrung an ihn herantritt. Man behauptet, die Organisationen seien Streikvereine; man will dadurch die Gewerkschaften nur in Mißkredit bringen. Die organisierten Arbeiter sind es, welche leichtfertige Streiks so viel wie möglich verhindern und erst dann in den Streik eintreten, wenn der Unternehmer sich als Starrkopf zeigt. In den meisten Fällen werden die Arbeiter dadurch erst in den Streik getrieben. Hat der Arbeiter einen besseren Lohn, so kann er sich vor allen Dingen eine bessere Lebenshaltung aneignen; auch kann er sich durch besseren Lohn und kürzere Arbeitszeit mehr geistige Bildung verschaffen; er wird dadurch ein nützliches Glied der Gesellschaft. Die Behauptung, durch die Erhöhung der Löhne gehe die Industrie zu Grunde, sei nur eine leere Phrase. In anderen Ländern hat die Industrie ihren hohen Aufschwung den gewerkschaftlichen Organisationen zu verdanken. Ein reicher Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Eine Diskussion fand nicht statt.

**Betschau.** In der hiesigen landwirtschaftlichen Maschinenfabrik A. Lehmitz A.-G. werden trotz der eiföhrigen Arbeitszeit regelmäßig Ueberstunden gemacht. Bis 12 Uhr Nachts ist mehrere Male gearbeitet und auch Sonntags ruht die Arbeit manchmal nicht. Der Aufenthalt im Maschinenraum ist nicht ohne Lebensgefahr. Die Maschinen stehen zu dicht aneinander, und man muß sich wundern, daß nicht schon mehr Unglücksfälle vorgekommen sind. Angesichts solcher Mißstände müßte ein Beschreiben nach Beseitigung derselben seitens der Kollegen als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Damit steht es aber traurig aus. In den Versammlungen öde Leere. Das ist umfomehr bedauerlich, als wir nach vieler Mühe ein Lokal zu unseren Versammlungen bekommen haben, daß unseres Crachtens allen Ansprüchen genügt. Kollegen, wenn es so fort geht, ist es nicht unmöglich, daß der Wirth uns dasselbe wieder entzieht. Dann ist uns aber auch die Gelegenheit genommen, Mißstände unserer Arbeitsstätten zu besprechen, und über Mittel zu deren Abstellung zu berathen. Darum, Kollegen, bedenkt das, ehe es zu spät ist.

**Weiskenee.** Der erste Angriff auf die Errungenschaften der letzten Wautschlerbewegung ist, dank dem energischen Vorgehen der hiesigen Verwaltung und dem festen Zusammenhalt der Kollegen, siegreich abgeßlagen. Tischlermeister Beckel glaubte, den jetzigen Löhnerstreik auch für sich auszunutzen zu können, denn er stellte seinen Arbeitern anheim, die Beschöllungsböhr für M. 6,50 für M. 6.- zu machen; wer dies nicht wolle, könne aufhören, er, B., brauche die Arbeit nicht so nötig. Da die dort beschäftigten Kollegen vor dem Streik nur M. 5,50 für die Beschöllungsböhr erhielten und auch der Zusammenhalt der Kollegen viel zu wünschen übrig ließ, so meinte Meister Beckel, die Kollegen würden auch diesmal Erer nach dem Anderen abbröckeln und wieder anfangen. Wie er aber jah, daß er sich darin getäuscht hatte, trat er den Rückzug an, und so kam denn am 5. November unter Mitwirkung des Gausvorstandes, herzutreten durch Kollegen Mariensfeld, eine Einigung auf Grund des bei der letzten Bewegung von Meister Beckel mit seinen Leuten vereinbarten und auch von ihm unterschriebenen Tarifes zu Stande. Hoffentlich wird dies der erste und letzte Versuch des Herrn B. sein, an den Errungenschaften der Bewegung zu rütteln. Sollten wir uns wider Erwarten darin täuschen, wird man die hiesigen Kollegen gerüstet finden. Die Hauptsache ist, daß die Mitglieder überall dafür agitieren, daß kein Kollege mehr außerhalb des Deutschen Holzarbeiterverbandes steht. Unsere Mitgliederzahl am Orte ist in freiem Steigen begriffen, gegenwärtig zählen wir 235, und wir hoffen, in nicht gar zu langer Zeit die größte Mehrheit der hiesigen Kollegen im Verbands vereinigt zu sehen. Wir haben hier viel mit dem Kleinrentnerthum zu kämpfen. Meister, die sich in Berlin nicht halten können, erblicken in Weiskenee den letzten Rettungsort. Nur durch die maßlose Ausbeutung der Gesellen und Leutlinge ist es ihnen möglich, sich über Wasser zu halten. Die Kollegen,

die bei solchen Meistern beschäftigt sind, sind natürlich für uns nicht oder sehr schwer zu haben, erstens, weil sie keine Zeit haben und dann, weil sie in den meisten Fällen, trotz der denkbar längsten Arbeitszeit, nicht so viel verdienen, um anfänglich leben zu können. Trotz alledem kann man aber doch konstatieren, daß das Interesse für unsere Organisation wächst. Der Besuch der Mitgliederversammlungen und Vertrauensmänneritzungen bessert sich zusehends, und auch die einzelnen Kollegen agitieren rübrig für den Verband. Um das Solidaritätsgefühl zu heben und Kollegialität zu pflegen, ist beschlossen worden, am Vultage eine Fußpartie nach Bernau zu den dortigen Kollegen zu machen. Im bergangenen Jahre, November, wurde hier ein Gewerkschaftsfartell gebildet. Diesem und der hinter ihm stehenden organisierten Arbeiterschaft ist es gelungen, der Gemeindevertretung einen Beschluß: Errichtung eines Gewerbegerichtshier am Orte, abzurufen. In nächster Zeit wird dasselbe in Funktion treten. Am meisten daran interessiert sind die Holzarbeiter; von diesen arbeiten 600 bei 75 Tischlermeistern. Sie werden es dann leichter haben, ihr Recht zu suchen. Kollegen Weiskenee! Schaart Euch um das Banner des Deutschen Holzarbeiterverbandes, denn nur durch festes und treues Zusammenhalten können wir unsere Lage verbessern und Zustände schaffen, die es uns ermöglichen, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Einigkeit macht stark!

**Würzburg.** Verschiedene Umstände veranlassen uns, auch wieder einmal unser langbewährtes Verbandsorgan in Anspruch zu nehmen. Wir haben nämlich in der letzten Zeit eine ziemlich rege Agitation betrieben, um neue Mitglieder für den Verband anzuwerben. Das Resultat war ein ziemlich günstiges; trotzdem die dazu bestimmten Versammlungen nicht gerade überfüllt waren, haben wir doch eine Steigerung von ca. 35 pzt. in unserer Mitgliederzahl zu verzeichnen. Es genügt uns aber noch lange nicht, nur viele Mitglieder zu haben; sondern wir wollen hier den Wunsch zum Ausdruck bringen, in Zukunft recht zahlreich besuchte Versammlungen zu sehen. Werthe Kollegen! Es genügt noch lange nicht, eingeschriebenes Mitglied zu sein und seine Beiträge pünktlich zu zahlen, sondern es muß auch Jeder bestrebt sein, die Pflichten und Rechte kennen zu lernen, die mit Juge und Recht von einem organisierten Arbeiter verlangt werden. Auch hier in Würzburg hängt sehr Vieles von dem Verhalten eines Kollegen ab. Des Weiteren müssen wir darnach trachten, eine gut geschulte und disziplinierte Arbeiterschaft heranzubilden, um bei Lohnbewegungen oder Streiks einen sicheren Hinterhalt zu haben. Das kann aber Alles nur erreicht werden, wenn es sich jeder Kollege zur heiligsten Pflicht gemacht hat, alle Versammlungen zu besuchen. Wir werden deshalb auch in nächster Zeit kleine Vorträge in den Mitgliederversammlungen veranstalten, um über alle Fragen, die im gewerkschaftlichen Leben vorkommen, Aufklärung zu schaffen. Besonders wollen wir auf die Arbeitslosenunterstützung aufmerksam machen, welche von sehr großem Interesse für die Mitglieder ist, damit ein Jeder Gelegenheit hat, seine Stimme zur Geltung zu bringen. Von noch größerer Bedeutung aber ist die auf nächstes Frühjahr geplante Lohnbewegung, und machen wir die Mitglieder hiermit darauf aufmerksam, daß wir von jetzt ab über alle stattfindenden Versammlungen eine Statistik führen werden, um bis zum nächsten Frühjahr unsere Konsequenzen aus dem Resultat zu ziehen. Es werden deshalb diese wenigen Worte genügen, und Jeder wird wissen, was seine Pflicht in Zukunft ist, wenn er ein Mitkämpfer sein will in dem großen Befreiungskampfe. Darum vorwärts, Kollegen! Das sei unser Aller Losung.

**Eingefandt.**

Dem Eingefandt des Kollegen Weder möchte ich noch hinzufügen, daß man den Arbeitsnachweis in unserer Zeitung überhaupt weiter ausbauen solle. Gibt es doch eine ganze Anzahl kleinerer Orte, in denen erträgliche Zustände herrschen und wo zuweilen ein fühlbarer Mangel an Arbeitskräften vorhanden ist. Eintretenden Falles müßte dann die Ortsverwaltung ohne Weiteres darauf aufmerksam machen. Geschehe dies (es könnte hierfür eine besondere Rubrik in der Zeitung geschaffen werden, um möglichst Raum zu sparen), so könnten namentlich bei Streiks die ledigen Kollegen leicht untergebracht werden und die indifferenten Kollegen würden sich darum die Zeitung öfter ansehen und dann mit der betreffenden Ortsverwaltung in Verbindung kommen. Reisende Kollegen würden leichter Arbeit finden und daburh manche Zahlstellen gefräftigt werden. Die Unkosten derartigen Anzeigen würden gern von den in Arbeit Treutenden gedeckt werden. Die jeweiligen Verhältnisse der Orte sind ja aus der neuesten Statistik ersichtlich, die jeder reisende Kollege bei sich führen sollte.

Maximo.

**An die Mitglieder der Gewerkschaften und Krankenkassen Deutschlands.**

Da mit dem 1. Januar 1900 die neue Invaliditätsgesetz-Novelle in Kraft tritt, so müssen die Wahlen für die Arbeitnehmer wie Arbeitgeber zu den im neuen Gesetz vorgesehenen Renten in kürzester Zeit stattfinden.

Schon ist seitens der Versicherungsanstalten die Anfrage an die beteiligten Krankenkassen ergangen, die Zahl ihrer nach dem Invaliditätsgesetz versicherungspflichtigen Mitglieder anzugeben, um das Stimmverhältnis festzustellen. Man kann also mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß die Wahlen im Laufe des November vollzogen werden.

Es ist deshalb an der Zeit, daß sich auch die organisierten Arbeiter und Krankenkassen-Mitglieder darum kümmern, daß die richtigen Personen dazu ausgerufen werden, welche Verhältniß vor der Sache und auch den guten Willen haben, die Interessen der Versicherten wahrzunehmen. Bisher ist an einzelnen Orten, es muß dies gesagt werden, in dieser Hinsicht von den organisierten Arbeitern sehr wenig oder garnichts geschehen worden. Es mag dies daran liegen, daß ein großer Teil der organisierten Arbeiter nur in den freien Hilfskassen gegen Krankheit versichert ist und diese bisher leider nach dem Gesetz an den Wahlen nicht theilnehmen durften.

Es wird sich zwar auch in Zukunft hieran nicht viel ändern, da ja auch ferner die ganz centralisirten Klassen davon ausgeschlossen sind.

Es wird aber den organisierten Arbeitern, wenn sie den ernstesten Willen zeigen, auch dies Hinderniß nicht zu groß sein, um es nicht überwinden zu können.

Die Wahlen werden von den Vorständen der Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Innungs- und Baukrankenkassen etc., sowie von denjenigen freien Hilfskassen, deren Verwaltungsgebiet sich nicht

über den Bezirk einer unteren Aufsichtsbehörde hinaus erstreckt, vorgekommen.

Die Gewählten müssen aber durchaus nicht etwa Mitglieder dieser Verbände oder Klassen sein, sondern es wird nur vom Gesetz verlangt, daß, soweit die Arbeitnehmer in Betracht kommen, dieselben nach dem Invaliditätsgesetz versicherungspflichtig und innerhalb des Bezirks der Versicherungsanstalt oder deren nächster Nähe wohnen. Werden daher die organisierten Arbeiter insgesamt ihren Einfluß geltend machen, so wird es überall möglich sein, die dazu qualifizierten Personen an die richtige Stelle zu bringen.

Wie notwendig es ist, daß auch hier mit dem „Gehelassen der Dinge, die ja doch nicht zu ändern sind“, aufgeräumt wird, kann nur derjenige richtig würdigen, der die große Unkenntnis der Massen in Bezug auf die sozialpolitischen Gesetze und die daraus für Viele entstehenden Folgen alle Tage vor Augen hat und den davon Betroffenen dann nicht helfen kann. Es muß auch hier noch viel Aufklärung verbreitet werden. Die Arbeiter-Versicherungsgesetze sind nur durch das Drängen der Arbeiter der heutigen herrschenden Gesellschaft abgerungen worden; es ist ihr gutes Recht, das ihnen Zustehende in vollem Maße in Anspruch zu nehmen.

Wären die Arbeiter überall darüber im Klaren, welche Rechte ihnen zustehen und was sie zu thun haben, um dieselben geltend zu machen, so würden sie in vielen Fällen, hauptsächlich den Berufsgenossenschaften gegenüber, nicht so oft den kürzeren gehen.

Es ist deshalb Pflicht der organisierten Arbeiter, daß sie sich auch um ihre Krankenkassen kümmern, dort an den Generalversammlungen teilzunehmen, als Delegierte zu denselben nur organisierte Arbeiter wählen, damit diese auch wiederum die richtigen Personen als Vorstandsmitglieder an die passende Stelle setzen können. Geht dies in ausreichendem Maße, dann werden bald überall die geeigneten Personen an der richtigen Stelle sein, welche in der Lage sind, die Rechte der Arbeiter zu wahren.

Um sich weiter auszubilden, können diese Vertreter sich dann eventuell nach dem Muster der schon in vielen Städten bestehenden Arbeitervereine zusammen schließen, und so wird es dann auch auf diesem Gebiete für die Arbeiter ein gut Stück vorwärts gehen. Daß es Pflicht und Aufgabe aller organisierten Arbeiter sei, auch auf diesem Gebiete sich zu betätigen, hat der dritte Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. ausdrücklich anerkannt.

Ferner mache ich noch darauf aufmerksam, daß die Berliner Arbeitervertreter eine Petition zum Unfallversicherungsgesetz vorbereiten, wozu erwünscht ist, daß auch das etwa vorhandene Material von außerhalb an den Unterzeichneten eingesandt werde.

Ich richte deshalb nochmals an Euch, organisierte Arbeiter und Krankenkassenmitglieder, das Ersuchen: Thut Eure Pflicht im Interesse Eurer erkrankten, verunglückten oder invaliden Mitarbeiter!

Zu eventuellen weiteren Auskünften ist gern bereit

A. Daehne,

Vertrauensmann der Berliner Arbeitervertreter, Berlin N, Pfingststr. 17, 1. Et.

Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

### Aus den Berufen der Holzbranche.

**Zur neuen Novelle, betr. die Unfallversicherungsgesetze,** in eine Aenderung vorgehen, daß nicht nur die in **W a u t e n** beschäftigten Wautschler, sondern alle in Wautschlereien beschäftigten Arbeiter versicherungspflichtig sein sollen. Das ist gegenüber dem heutigen Zustande ein bedeutender Vortheil. Von noch größerer Bedeutung wäre der Fortfall der 13wöchigen Karenzzeit, d. h. derjenigen Bestimmung, welche den Krankenkassen die Verpflegung der Verletzten in den ersten 13 Wochen ausrichtet und dadurch den Berufsgenossenschaften die weitaus größten Kosten abnehmen, da die meisten Unfallverletzten vor Ablauf von 13 Wochen wieder arbeitsfähig werden. Gegen den Wegfall der Karenzzeit werden sich natürlich die Unternehmer mit Händen und Füßen wehren. Die „Günther'sche Tischler-Zeitung“ schreibt z. B.:

Die Wautschler würden aber auch diesmal auf den Wunsch (alle in Wautschlereien beschäftigten Arbeiter gegen Unfall zu versichern. Red. d. Holzarbeiter-Ztg.) verzichten, wenn etwa das neue Gesetz durch den Verzicht auf die dreizehnwöchige Karenzzeit erkauft werden müßte. Hieran darf nicht gerührt werden. Die Karenzzeit bildet eine Garantie dafür, daß sich die Arbeiter wenigstens etwas gegenüber den Betriebsgefahren in Acht nehmen, und diese Garantie muß unter allen Umständen in ihrer vollen Ausdehnung anrecht erhalten werden. Liefern doch in anderen Ländern, z. B. Oesterreich, die Arbeiter sogar Beiträge zur Unfallversicherung! Deshalb sollten da nicht in Deutschland die Krankenkassen wenigstens eine kleine Last aus den Schultern tragen können?

**Verurteilung der Wahrheit,** weiter sollen diese Redensarten doch sicher nichts bezwecken. Wir wissen, daß gerade in Tischlereien es mit den Schutzvorrichtungen ganz besonders traurig bestellt ist, was kürzlich auch von einem Berufsorgan zugegeben wurde. Weiter heißt es, daß die Unternehmer sicher viel mehr Schuld haben, wenn die Arbeiter durch Unachtsamkeit sich Unfälle zuziehen. Wir erinnern nur daran, daß z. B. Arbeiter im Säbenschleifergewerbe übernommen werden zu einem Preise, für den kaum das Material zu liefern ist. Da die Unternehmer aber nicht möglich produzieren wollen, werden zunächst die Arbeiter nicht im Lohn, sondern im Akkord und, wie selbstverständlich, zu einem Schandpreise angefertigt. Da die Arbeiter aber auch nicht von Wind und Wetter leben können, müssen sie schon „dran“ gehen, wenn sie ihren künftigen Wochenlohn verdienen wollen. Daß in solchen Fällen Unfälle vorkommen, bestritten wir nicht, aber die Unternehmer sind die intellektuellen Urheber derselben. Mögen nur die Unternehmer zunächst die Schandkonkurrenz bestrafen, dann überlassen die Schandpreise und die Unfälle von selbst. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, welche die Lebensunterhaltung und Ernährung bestreift, mag darauf folgen und die Karenzzeit als Garantie für „das in Acht nehmen“ in Betracht kommen. Der Hinweis, daß die österreichischen Arbeiter Beiträge zur Unfallversicherung zahlen, zeigt nicht mehr. Die deutschen Arbeiter zahlen nicht, wenn auch nur indirekt. Wer jetzt die Unternehmer in den Stand, daß sie überhaupt Beiträge bezahlen können? Die Arbeiter. Dann, wie in Kassel, die Tischlermeister die Hälfte der Beiträge zur Invaliditätsversicherung freiwillig auf sich nehmen (natürlich nur, um die Gehälter

zu majorisieren) — und was die in Kassel können, das können Andere auch —, dann sind Klagen über die großen Lasten der Arbeiterversicherung nicht am Platze.

„Die Zwangsinnung für das Berliner Drechslergewerbe hat ihren Austritt aus dem Berliner Innungsverband beschloffen, wodurch das Drechslergewerbe dem Innungsschiedsgericht entzogen und Streitigkeiten in Drechslerbetrieben wieder in die Zuständigkeit des Gewerbegerichts fallen würden.“ (So lesen wir in einem Parteiblatt. Das stimmt nicht. Mit dem Austritt aus dem Berliner Innungsverband ist die Zuständigkeit des Innungsschiedsgerichts nicht aufgehoben. Es sei denn, daß die Drechslerinnung auf die Errichtung eines solchen verzichtet. D. Red. d. „H.-Ztg.“) Auch die Innungskassentafel soll aufgelöst werden.

Mit produktionsstatistischen Fragen in der Holzindustrie soll sich demnächst die Unterkommission des Wirtschaftlichen Ausschusses beschäftigen.

Der Zentral-Verband deutscher Holzinteressenten hielt in Wiesbaden am 10. November seinen Verbandstag ab. Zur Beratung standen Feuerversicherungsangelegenheiten. Die Regierung soll ersucht werden, die Zulassung ausländischer Gesellschaften zum Geschäftsbetrieb zu gestatten. Der Verband will dann, wenn die Regierung Entgegenkommen zeigt, der Frage der Verstaatlichung der Feuerversicherung näher treten. Der Zentralverband behauert weiter die Ablehnung des Mittelkanals und beschließt, bei etwaiger Wiedereinbringung einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen mit der Tagesordnung: „Die Frage eines leistungsfähigen Wasserstraßennetzes für die deutschen Holzinteressenten.“ Ferner wurde die Frage produktionsstatistischer Erhebungen zur Vorbereitung der Handelsverträge unter Teilnahme zweier Vertreter des Reichsamtes des Innern besprochen. Beiläufig wurde, daß im Wirtschaftlichen Ausschusse ein Vertreter der Holzindustrie fehlte. Dem Reichskanzler soll als solcher Brüggemann-Dortmund präsentiert werden. Gegen eine Bildung eines deutschen Industrierrathes ohne die Holzindustrie wurde Einspruch erhoben.

Die deutschen Holzarbeiter mögen daraus ersehen, daß alle Unternehmergruppen innerhalb der deutschen Holzindustrie bestrebt sind, ihre Interessen nach jeder Richtung hin zu wahren und in jeder nur denkbaren einflussreichen Körperschaft eine Vertretung haben wollen. Mögen die Holzarbeiter von dem gleichen Bestreben beseelt sein, sich im Deutschen Holzarbeiterverbande zunächst eine achtunggebietende Organisation zu schaffen, dann wird man ihnen gleichfalls auch in anderen, ihre Interessen fördernden Institutionen Vertretungen einräumen müssen. Ganz besonders würden die Unternehmerorganisationen dann aber auch mit dem Holzarbeiterverbande, als einer repräsentativen Vertretung der Holzarbeiter, rechnen, und wenn nicht anders, von Macht zu Macht mit ihm unterhandeln müssen.

Holzarbeiter Deutschlands, organisiert Euch, damit dieser Zeitpunkt recht bald herannahet!

Herr Niemand in Eisenach, Inhaber einer Tischlerei und Drechlerei, hat seinen Arbeitern statt der bisherigen 10 1/2 stündigen Arbeitszeit die zehnstündige an. Und — man sollte es kaum für möglich halten — was geschah? Die Arbeiter erklärten Herrn Niemand, daß, wenn sie nicht wie bisher 10 1/2 Stunden arbeiten sollten, sie aufhörten. Der Berichterstatter ruft aus: „Mit solchen stumpfsinnigen, unvernünftigen Elementen müssen wir uns in Eisenach herumschlagen, diesen Menschen gönne ich eine 15 stündige Arbeitszeit und 15 1/2 Stundenlohn, damit sie geschickt werden.“ Daß das der Fall sein wird, bezweifeln wir, wünschen auch nicht, daß es erst schlechter werden soll, ehe es besser wird, aber behauerlich bleibt es immer, wenn die Kollegen der Verkürzung der Arbeitszeit, die so dringend nötig ist, so fanatisch feindlich gegenüber stehen. Mögen die dortigen organisierten Kollegen nur nicht muthlos werden, es wird, wenn sie unermüdet in die ihre eigene Lage nicht erkennenden Kollegen eindringen, ihre Mühe doch noch einmal belohnt werden.

Der Tischlermeister Ohlgehl und der Fabrikant Eberlein in Riesa i. S. wollen keine Verbandsmitglieder beschäftigen. Diese mögen sich daher unnötige Wege ersparen und die beiden Herren allein lassen. (Näherer Bericht folgt. Die Red.)

Herr Brinkmeier, Schreinermeister in Bochum, erklärte gelegentlich der Entlassung eines Maschinenschreiners, daß er Verbandsmitglieder nicht wieder einstelle, er bekomme seine Arbeit auch ohne solche fertig. Selbstverständlich werden die Verbandsmitglieder den Herrn Brinkmeier in Zukunft nicht mehr beschäftigen.

Achtung, Polirer der Pianofortebranche. Gegenwärtig ist in Deutschland ein Polirer einer Londoner Pianofortefabrik, Namens Hartig, um Polirer anzuwerben. (Es war bis vor zwei Jahren bei der Firma Steinway & Co. in Hamburg thätig, war auch Bevollmächtigter der Hamburger Zehlfabrik des Verbandes.) Wir erhalten nun von einem Polirer, ein längeres Schreiben, worin er um Aufnahme mehrerer Kollegen warnt, nach London zu kommen, da, wie er schreibt, dort nicht Alles Gold ist, was glänzt. Vor Allem wird in dem Schreiben darauf aufmerksam gemacht, daß in Deutschland abgeschlossene Verträge in London keine Gültigkeit haben. Zwar habe der Fabrikant bisher den versprochenen Lohn immer noch bezahlt, aber nach verschiedenen Vorkommnissen sei anzunehmen, daß darin eine Aenderung eintreten werde. Der Fabrikant hat nämlich geglaubt, daß die deutschen Polirer hegen können, d. h. daß sie mit schlechtem Material eine tadellose feine Fläche polieren können. Da dies selbstverständlich ebenso unmöglich sei, als es in Deutschland unmöglich wäre, wenn man hier ein eben solch schlechtes Material hätte, wird dem Fabrikanten die Arbeit zu teuer und er sucht billigere Arbeitskräfte aus Deutschland zu bekommen, da die Engländer nicht so billig arbeiten. Unter M. 60, so heißt's in dem Schreiben, sollte Niemand hierher kommen, da Lebens- und Wohnungsverhältnisse diesem Preise durchaus entsprechen.“ Hartig hat sich nach Chemnitz, Reiz und Stuttgart gewandt, um dort seine Verarbeit zu versuchen. Nach Reiz und Chemnitz haben wir sofort brieflich Mitteilung gemacht und bezüglich

Stuttgarts ist Kollege Seipart, welcher hier war, unterrichtet worden.

Also Vorsicht, Polirer! Vor allen Dingen laßt Euch nicht eher auf eine Reise nach London ein, als bis Ihr Euch vergewissert habt, daß der mit Euch abgeschlossene Kontrakt auch in London rechtsgültig ist; unter keinen Umständen aber geht für einen Schandpreis nach London.

Die Rediter'schen Mühlenwerke in Hamm i. W. suchen etwa 15—20 in Montage bewanderte Tischler. Der Lohn beträgt 87—40 1/2 pro Stunde. Die Arbeit wird bis gegen Ostern andauern. Allerdings müssen die Kollegen über ein wenig Werkzeug verfügen. Die Möbelfabrik W. Sandmann's wird bedeutend vergrößert und dürften, wenn im Frühjahr der Betrieb in Angriff genommen wird, eine Anzahl Tischler Beschäftigung finden. Wörtlich schreibt man uns dann von dort: „Da nun erfahrungsgemäß die einheimischen Kollegen für unsere Bestellungen sehr schwer zu haben sind, geht unsere Meinung dahin, nach Möglichkeit auswärtige arbeitslose Verbandsmitglieder heranzuziehen; selbige würden vorerst vorgenannte Arbeit annehmen können und zum Frühjahr in fragliche Fabrik eintreten. Zur Zeit sind in der Sandmann'schen Fabrik sechs Verbandsmitglieder beschäftigt. Geltingt es uns, die durch die Vergrößerung frei werdenden Plätze durch organisierte Kollegen zu besetzen, so werden auch die indifferenten leichter zu haben sein, und können wir dann auch ohne große Mühe uns einige Vortheile erringen. Wir bitten daher die Kollegen der umliegenden Zehlfabriken, Vorknechtens einmal in Erwägung zu ziehen. Unsere Lokalverwaltung ist zu jeder weiteren Auskunft gern bereit.“

Die Bauanschläger Berlins und der Vororte bereiten eine Lohnbewegung vor. Das Entrepreneurwesen nimmt einen großen Umfang an. Die Zwischenunternehmertätigkeit wird mit der Regelung des Lohntarifes, d. h. durch dessen Anerkennung, aber von selbst aufhören.

Der Streit bei Manz & Gerstenberger in Frankfurt a. D. dauert unverändert fort. Abtrünnige sind nicht vorhanden, auch über Zugung ist nicht zu klagen. Ein Theil der Kollegen ist abgereist und dadurch dürfte Herr Gerstenberger einen Theil seiner thätigen Arbeiter für immer verloren haben. Auch von den Arbeitswilligen ist bereits ein Theil verschwunden. In der ersten Woche zahlte G. ihnen bekanntlich M. 12,50 Lohn, als sie aber im Akkord arbeiten mußten, verdienten sie nur M. 4,50 die Woche. Wahrscheinlich schmeden auch Herrn Gerstenberger die „arbeitswilligen“ Trauben zu sauer, denn er hat mehrere Anträge nicht eingestellt.

Die Streikenden halten fester denn je zusammen und werden ausharren, bis Herr Gerstenberger sich entschließt, ihre gerechten Forderungen zu bewilligen. Zugung ist also streng fern zu halten.

Der Tischlerstreik in Cöslin ist noch nicht beendet. Ein Meister, der zwei Gefellen beschäftigt, hat bewilligt. Die Uebrigen verhalten sich noch ablehnend.

Der Streik in der Pinselfabrik S. Rosenfeld jun. in Nürnberg dauert unverändert fort. 90 Personen des ausständigen Personals sind nunmehr in Konkurrenzbetrieben beschäftigt. Streikbrecher kann die Firma absolut nicht ertragen und so sucht sie ihren Betrieb mit Arbeitsmädchen vollzustopfen, welche von der Industrie auch nicht das geringste verstehen und Herrn Rosenfeld und seinen Theilhabern unbeschreiblichen Schaden zufügen. Die Thatsache, daß der Streik nunmehr 9 Wochen andauert, könnte vielleicht zu Bedenken Anlaß geben, insofern war die Situation noch nie so günstig als jetzt. Der Umstand, daß beinahe das ganze Personal anderweitig untergebracht werden konnte, bedeutet jetzt schon so viel als einen vollen Sieg. Wir werden die Kollegen von Deutschland auf dem Laufenden erhalten.

Zugung von Würstenmachern, Borstenzurichtern und Pinselfabrikanten auf Haar und Borsten ist nach wie vor streng fern zu halten.

Die Wiener Stockdrechsler befinden sich im Kampfe um die Erringung des neunstündigen Arbeitstages. Zugung ist fern zu halten. Näherer Bericht folgt.

### Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Die Kämpfe der Berliner Metallarbeiter sind beendet. Zwar ist in einigen Fabriken eine Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt worden, doch sind 900 Mann unterlegen; 200 stehen auf der „schwarzen Liste“ und sollen nach einem Beschlusse der Metallindustriellen bei Mitgliedern dieses Bundes nicht wieder beschäftigt werden. Ein bekanntes Unternehmerorgan bemerkt zu dem ungünstigen Resultat, „daß sich bei den Arbeitern immer mehr die Anschauung bemerkbar mache, daß weniger eine Aufbesserung der Lage der Arbeiterschaft der Zweck des Streiks war, sondern daß es sich mehr um eine persönliche Angelegenheit der Leiter handele.“

Das ist eine schon bekannte Nebenart der Unternehmerpresse. Wie in vielen anderen Orten ist auch in Berlin seitens der Leiter äußerste Zurückhaltung geübt worden, und erst dem Drängen der Beteiligten haben sie nachgeben müssen. Wer sind denn die Leiter anders als die von den Arbeitern gewählten Vertrauensleute, denen die Aufgabe zufällt, die ihnen gegebenen Aufträge auszuführen? Mit der Herbeigerung des persönlichen Interesses der Leiter an einem Streik versucht die verlogene Unternehmerpresse nichts weiter, als die Leiter zu diskreditiren. Glücklicherweise sind die Arbeiter einseitig genug, dem schoslen Anführen der Unternehmerpresse kein Gehör zu schenken, sondern auch nach einer Niederlage mit den Vertrauensleuten Hand in Hand zu gehen, um zu gelegener Zeit die Scharte gründlich auszuweizen.

Der Formierstreik in Leipzig, welcher fünf Monate gedauert hat, ist beendet. Noch vor wenigen Wochen beschloffen die Ausständigen mit 433 gegen 2 Stimmen den Streik fortzusetzen in der Zuversicht, daß er noch siegreich enden könne. Es hat sich aber herausgestellt, daß, wie eine Umfrage in den Fabriken ergab, außerhalb Leipzig so viel Guß geliefert ist, daß die Fabrikanten garnicht in Verlegenheit kommen können und daher die Fortführung des Streiks unthunlich war. Die Verhandlungen der einzelnen Werkstattkommissionen haben ergeben, daß ein Theil der Unternehmer bereit ist, ihre Arbeiter

wieder vollständig einzustellen, Andere wollen dies nur theilweise thun, während der dritte Theil überhaupt von einer Wieder-

Die Formsticker Deutschlands stellen an ihre Arbeitgeber vor drei Wochen eine Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit und Festsetzung eines höheren bezw. Minimallohnes.

Die Ausgesperrten werden jetzt die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, bis ihre Forderungen voll und ganz bewilligt sind. Das die Prinzipale durch ihren Beschluß sich jetzt schon selber schädigen, zeigt der Umstand, daß sie denselben zu umgehen suchen.

Die Organisation der Formsticker hat nun schon drei Wochen lang etwa 100 Streikende ohne jede Hilfe unterstützt, wodurch die Kasse der jungen Organisation erschöpft ist.

In Frankfurt a. M. sind über 1200 Maurer ausgesperrt worden.

Technisches.

Alabaster zu reinigen. Verschiedene Gegenstände von Alabaster lassen sich leicht mit weichen, warmem Wasser, in welchem man, wie der „Praktische Wegweiser“, Würzburg, schreibt, ein kleines Stück Soda zergehen läßt, reinigen.

Das Papier als Baumaterial. Bisher hatte das Papier im Hochbau nur eine beschränkte Verwendung. Wir kennen es hauptsächlich als Tapete, welche überdies eine Unterlage aus Makulatur erfordert, dann ist es bei Holzementdächern und als mit Theer getränkte Pappe als Bedachungsmaterial im Gebrauch.

Literarisches.

„Almanach des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das Jahr 1900.“ So heißt sich ein vom Kollegen E. H. Reipart im Auftrage des Vorstandes verfaßtes Nachschlagebuch, das nicht nur den Verwaltungsbeamten unserer Zahlstellen, sondern auch den Mitgliedern recht willkommen sein

wird. Viel über den Inhalt zu sagen erübrigte sich eigentlich, da derselbe dem praktischen Bedürfnis angepaßt ist, und sich daher von selbst empfiehlt. Der Almanach enthält zunächst ein Kalendarium; dann die Tagesrubriken für das ganze Jahr, theilweise mit Anmerkungen wichtiger Ereignisse versehen, die sich innerhalb der einzelnen Berufsorganisationen, bevor sie dem Holzarbeiterverbände angehören, zugehört.

Ein recht glücklicher Gedanke war es, die Statuten des Verbandes, das Reglement für die Lokalverbände und die Anweisungen, betreffend das Verhalten bei Streiks, wörtlich zum Abdruck zu bringen.

Daß der Verfasser bestrebt war, auch sonst den Kollegen mit Rathschlägen an die Hand zu gehen, beweisen seine gegebenen Anleitungen zur Aufrechterhaltung der parlamentarischen Ordnung in den Mitgliederversammlungen.

Ganz besonders werden neben den Mitgliedern die Verwaltungsbeamten der Zahlstellen den Führer durch das Versammlungs- und Vereinsrecht der deutschen Bundesstaaten begrüßen. Wir finden in demselben zum Beispiel schätzenswerthe Fingerzeige über die Maßnahmen bei Gründung einer Zahlstelle, über die Wahl der Verwaltung, über Anmeldung der Mitgliederversammlungen, über das Verhalten bei Auflösung einer Versammlung, über Anmeldung einer Zahlstelle, Einreichung der Statuten und des Mitgliederverzeichnis und manches andere Nützliche.

Erwähnt sei noch aus dem Inhalt die Portotaxe. Die Reichspostverwaltung wird dem Verfasser dafür gewiß nicht sehr dankbar sein, denn in dem nächsten Reichsrechnungsetat werden Hunderte von Mark fehlen, die wir und der Vorstand bisher an — Strafporto zahlen mußten.

In Anbetracht der kurzen Zeit, über welche der Verfasser zur Fertigstellung verfügte, kann man ruhig behaupten, er und wir alle können mit dem Erhaltungswerk zufrieden sein. Ueber die äußere Ausstattung können wir uns gleichfalls lobend aussprechen. Ganz besonders sticht unser Almanach ab von ähnlichen Erzeugnissen durch das schöne, weiße und blanke Papier.

In Anbetracht des für jeden Einzelnen und für unsere Organisation so wichtigen Inhalts und der sonstigen Vorzüge unseres Almanachs ist der Preis von 50 Pfg. sehr niedrig. Wir dürfen wohl erwarten, daß die erste Auflage (10 000) in wenigen Wochen begriffen sein wird und ihr eine zweite Auflage folgen kann.

Briefkasten.

\* Zur Beachtung! Des Duktages wegen müssen alle Berichte für die kommende Nummer bis spätestens Montag Mittag in unseren Händen sein.

\* Welche Firma liefert „Alfilder- oder Kupferstichfüllungen oder Einlagen zu Panelbreiter-Zigarettenpindchen?“ Die Frage ist sehr unklar, wir wissen wirklich nicht, was Sie meinen.

\* „Wer liefert die billigsten Särge zum Wiederverkauf?“ Wer hat Lust?!

Nürnberg, Mühlenbauer. Für Familiengliedwünsche haben wir keinen Raum übrig.

Lindau, M. Sie sagen, daß das Lokal viel zu klein war, bedauern aber, daß gewisse Leute, die eingeladen waren, nicht erschienen sind.

Würzburg, B. Deine Frage geben wir zur Beantwortung an in dem Spezialfache thätige Kollegen. Sie lautet: „Aus welchen Bestandtheilen ist die Lackfarbe zusammengesetzt, mit welcher Intarsien mit Licht und Schatten versehen werden?“

Die auftragende Farbe soll derart beschaffen sein, daß sie in das Holz einbringt, keine mit einem Rand versehenen Erhöhungen hinterläßt und sich beim darauf folgenden Poliren nicht bewirkt, kurz, sie soll das Brennen der Intarsien ersparen. Ich habe mir nämlich verschiedenes, mit allerhand Einlagen versehenen Gegenstände gemacht, habe überall die Konturen ausgeführt, aber das „Leben“, wie wir es zu nennen pflegen, fehlt, und so gleich das Ganze eben einem bunten, aber todt Ding.“

Ludwigshafen, S. Daß es so ist, wie Sie schreiben, bezweifle ich nicht, müssen aber trotzdem eine Bestätigung der Ortsverwaltung in F. haben.

Böckener, S. Die Gewerbeordnung von Wilhelm, Verlag des „Vorwärts“, Berlin, Deutshtr. 2. Preis M. 2,80.

B. B. 100. Ja! Bismarckstr. 10, Hamburg. Siegnitz, W. L. Das ist doch jedenfalls im Statut vorgeesehen. Hätten Sie ein solches mitgeschickt, wäre die Antwort eine bestimmte.

Zwickau, B. B. Unsere Inserenten in den betreffenden Artikeln würden Ihnen auf Anfrage gewiß gern Auskunft geben. Wir stellen aber trotzdem Ihre Frage zur Beantwortung: „Wer liefert gelbe Monopol-Politur?“ Dieselbe ist patentirt und weder hier noch in Breslau erhältlich.“

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

(E. S. 86, Hamburg.) Vom 1. Oktober bis 13. November sandten Ueberschüsse ein: Berlin A. M. 200, Berlin B 400, Berlin C 100, Lübeck 100, Hamburg I 100, Freiburg 60, Braunschweig 60. Zul. Mahmann, Osterstr. 94 g. I.

Versammlungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 A.) Altona. Dienstag, 21. November, Abends 9 Uhr, im Lokale der Wwe. Ehler, Nordstraße 87. L. O.: 1. Vortrag. Referent Herr Lauffhütter. 2. Aufbringung der Mittel für das Arbeitersekretariat. 3. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung. Braunschweig. Sonnabend, 25. Novbr., Abds. 8½ Uhr, im „Rhein Hof“, Wendenstr. 46. Hamburg. Öffentliche Stellmacher-Versammlung für Hamburg, Altona und Umgegend am Sonntag, den 26. November, Nachmittags 2½ Uhr, im Lokale des Herrn Hümer, „Seefinghale“, Gänsemarkt. L. O.: 1. Welche Bedingung hat eine Gewerkschaft zu beachten, bevor sie in eine Lohnbewegung eintritt? 2. Wollen wir im nächsten Frühjahr in eine Lohnbewegung eintreten? Die Verbandsmitglieder werden dringend gebeten, für die Versammlung zu agilitzen. Der Enderaser.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Fürtz. Bevollm. Joh. Eiter, Marienstraße 46, part. Kassier Friedr. Mayer, Ehrburgerstraße 88, 1. Et. Zentralherberge „Saalbar“. Gewerkschaftshaus, Pfisterstraße.

Pirmasens. Den zureisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unser Verkehrslokal von jetzt ab bei Ludwig Oberheimer, „Restaurant zum Kanonier“, Schmalgasse 10, befindet, und die Herberge bei Willmut, Auf dem Soreb, „Zentralherberge der vereinigten Gewerkschaften von Pirmasens“. Im eigenen Interesse der Mitglieder bitten wir, nur in diesen Lokalen zu verkehren. Die Ortsverwaltung.

Pirna. Vertreter Robert Schulze, Breitestraße 9c, S. Herberge im „Anker“, Steinplatz 20.

Junsbrunn (Tyrol). Die Gewerkschaft der Holzarbeiter, Zentrale Junsbrunn, giebt allen Kollegen des In- und Auslandes bekannt, daß vom 15. August an die Arbeitsvermittlung und Herberge der Holzarbeiter im Vereinslokale der Gewerkschaften „Meraner Bierhalle“, Hofgasse 5, 2. Stock, sich befinden. Alle Zuschriften bitten wir an diese Adresse zu richten. Der Ausschuß.

Achtung!

Der Tischler Geinr. Michael (Buch-Nr. 162740), geb. 16. März 1861 zu Zittau, wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen die hiesige Verwaltungsstelle nachzukommen. Er war Bezirkskassier und ist, ohne abzurednen, abgereist. Kollegen, denen der Aufenthaltsort des Genannten bekannt ist, wollen Nachricht geben an Aug. Schmann, Kassier, Sottbus, Waisenstraße 8, 2. Et.

Sterbetafel des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Julius Gollasch, Tischler, geb. 6. Juli 1865, gest. 5. November 1899 an der Proletarierkrankheit zu Forst i. d. Lausitz. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Der Schreiner Paul Hoffmann aus Dhlau (Schlesien) wird gebeten, seine Adresse mitzutheilen an den Kollegen Franz Dembinski, Posen, Ziegenstr. 21.

Drechsler Kilian, senden Sie, bitte, Ihre Adresse an P. Schmitt, Fischbach i. E. Paul Kamp aus Berlin, wo steckst Du? Send Deine Adresse an Albin Schreiner, Ludenthalde, Burg 13.

10-12 tüchtige Möbelschreiner auf weiße Schränke und Bettstellen finden sofort dauernde, gut bezahlte Beschäftigung. Ein solider Mann, der das Verpacken lackirter Möbel versteht, kann sofort eintreten. Gelehrter Schreiner bevorzugt. Verheiratheten Leuten wird der eventuelle Umzug vergütet.

Wilh. Seifert jun., Möbelfabrik mit Dampftrieb, Germerheim (Rheinpfalz).

4 Schreinergehilfen auf polirte Arbeit sofort für dauernd gesucht. Ph. Hens, Worms a. Rh., Eisbachstr. 82.

Tischler auf grade und geschweifte Garnituren werden bei gutem Lohn dauernd eingestellt bei Carl Hennings, Möbelfabrik, Erfurt.

Tüchtiger Möbelschreiner, welcher selbstständig arbeiten kann, auf dauernde Arbeit (Motor und milchwirtschaftliche Maschinen) sofort gesucht. Karl Wolf & Co., München 23.

Tüchtige Möbeltischler auf nur seine Arbeit, bei hohem Verdienst und dauernder Beschäftigung, stellen noch ein Winne & Wegner, Sulz i. Th., Möbelfabrik mit Maschinenbetrieb.

Ein erfahrener Möbeltischler, welcher mit Maschinen vertraut ist, findet Stellung als Meister. Gebr. Rapp, Bau- und Möbelschreinerei, Sandhofen b. Mannheim.

Tüchtige Stuhlbauer und Strahlpolierer gesucht. Wilsauer Stuhlfabrik, Wilsau i. E.

2 Treppenhauer, tüchtig und solide, werden noch eingestellt von Friedr. Nollenburg & Sohn, Wülheim a. d. Ruhr.

2-3 tüchtige Stuhlpolierer finden sofort dauernde und lohnende Beschäftigung in der Blomberger Stuhlfabrik.

Ed. Krohne, Blomberg (Lippe).

Einige tüchtige Kreidräppler, sowie Aufseher werden in dauernder Stellung gesucht.

Otto Witte, Stocckfabrik, Weimar.

Ein junger, tüchtiger Drechsler findet dauernde und lohnende Beschäftigung. Motorbetrieb.

P. Giesenschlag, Berleberg.

Ein Drechsler auf Möbelarbeit gesucht.

J. Ramthun, Lössau i. P.

Suche sofort einen tüchtigen Drechsler auf bessere Bau- und Möbelarbeit.

C. Portong, Osnabrück, Turmstr. 28.

Einige tüchtige, auf Partridgbe zc. geübte Satenbieger, Polierer und Schleifer auf Naturstoffe bei gutem Lohn für dauernd sofort gesucht von

Johann Hau, Stocckfabrik, Bürgel bei Offenbach a. M. (Hessen).

2 Reifenmacher erhalten dauernde Arbeit.

O. Nussbaum, Weiden- u. Fahrreifegeeschäft, Wittenberge (Pr. Brandenburg).

Suche per sofort noch 2 Gesellen auf grüne Mattarbeit. Dauernde Beschäftigung.

Wilhelm Tornow, Stocckgeschäft, Nipperwieje (Pommern).

Tüchtige Gestellarbeiter auf feine Rohrmöbel für dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn per sofort gesucht.

Süddeutsche Rohrwaaren-Industrie, Ferd. Althoff, Nürnberg.

Suche sofort einen tüchtigen Korbmacher auf Reife- und Wäscheförbe bei gutem Lohn.

M. Friebel, Saalfeld i. Th.

Suche sofort 2-3 Korbmacher auf Mattarbeit. Dauernde Beschäftigung.

Wilh. Köhnke, Korbmachermeister, Greifenhagen, Bahnerthor 3.

Arbeitsnachweis der Korkarbeiter.

3 Korkarbeiter für Zu- u. Rundschneiden sofort gesucht.

Wilh. Schneck, Frankfurt a. M., Alte Mainergasse 38, 1. Et.

Tüchtiger Bohrer findet dauernde Beschäftigung. Dampftrieb.

H. Weber, Bürstenhölzerfabrik, Seidmühlen bei Boosfeld i. Ostf.

Journirpressen, neueste Konstruktion, geschäftlich geschützt, bei

F. Grünig, Offenbach a. M.

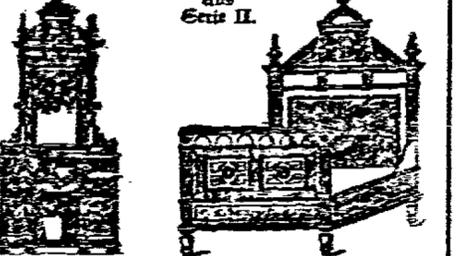
Durch die Expedition dieser Zeitung sind zu beziehen:

Entwürfe einfacher Zimmereinrichtungen. Serie I,

enth. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln, mit genauen Details, auf 6 Bogen. Größe 72:100. Preis M. 3.

Entwürfe moderner Zimmereinrichtungen. Serie II,

enth. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln, mit genauen Details, auf 8 Bogen. Größe 72:100. Preis M. 3.



Sachschriften u. Lehrbücher für Handwerker u. Gewerbetreibende. Verlagsanstalt A. Bergmann, Breslau, Abalbertstr. 19.

Neu- u. Gewerbeordnung u. Handwerkergeleit f. d. Gewerkschaften f. 50 Pf. vom Verlag A. Bergmann, Breslau, Abalbertstr. 19.

Zum Schutze der Organisation gründete sich am 18. März 1891 nach dem löblichen Beispiele der Tabakarbeiter um ihr Revolutionsrecht die

Tabakarbeiter-Genossenschaft

in Hamburg.

Die Genossenschaft zählt keine Dividende; den von derselben Beschäftigten wird ein ansehnlicher Lohn bezahlt, bei einer event. Auflösung fällt das Vermögen an die Tabakarbeiter-Organisation. - An Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften, Arbeiter-Kommissionen usw. werden Verträge zu Gunsten der Genossenschaft abgeschlossen.

Verlag von Bernh. Friedr. Voigt in Leipzig.

Das Beizen, Schleifen und Poliren des Holzes, Elfenbeins, Horns, der Knochen und Perlmutter,

sowie deren Konservierung als technisches Material und die Verschönerung der daraus gefertigten Kunst- und Industriearbeiten.

Herausgegeben von Wilh. Schmidt.

Siebente vermehrte u. verbesserte Auflage. Mit 7 Tafeln, enth. 35 Abbildungen. 4 Mark 50 Pfennig.

Vorrätig in allen Buchhandlungen und in der Expedition dieses Blattes.

Fest- und Vereinsabzeichen

fertigt billigt J. Harder, Freudenstadt (Schwarzwaldb).

200 Stück gute, prachtvolle Sumatra-Zigarren, mit langer Blätter-Einlage, schneeweißem Brand, feinem Aroma, perf. für den billigen Preis von nur M. 5,20 ab hier, 500 Stück M. 13 franko. Ferner 500 Stück hochfeine Zigaretten, theils mit Spitze, Kork- oder Goldmundstück, fortirt nur M. 5 ab hier. Versand gegen Nachnahme. Garantie Zurücknahme.

Wilhelm Quincke, Neuenrade i. Westf.

1000 Mark Belohnung



Ich habe mich, wenn in Deutschland jemand anders als ich allein Harmonikas mit meinen aussergewöhnlich geschickten Spezial-Waß u. Luftklappen-Systemen versehen kann, nicht wie bei anderen 5 u. 6 1/2 Mark, 4 1/2 Mark, 3 Mark, 2 Mark, 1 Mark, 1/2 Mark, 1/3 Mark, 1/4 Mark, 1/5 Mark, 1/6 Mark, 1/7 Mark, 1/8 Mark, 1/9 Mark, 1/10 Mark, 1/11 Mark, 1/12 Mark, 1/13 Mark, 1/14 Mark, 1/15 Mark, 1/16 Mark, 1/17 Mark, 1/18 Mark, 1/19 Mark, 1/20 Mark, 1/21 Mark, 1/22 Mark, 1/23 Mark, 1/24 Mark, 1/25 Mark, 1/26 Mark, 1/27 Mark, 1/28 Mark, 1/29 Mark, 1/30 Mark, 1/31 Mark, 1/32 Mark, 1/33 Mark, 1/34 Mark, 1/35 Mark, 1/36 Mark, 1/37 Mark, 1/38 Mark, 1/39 Mark, 1/40 Mark, 1/41 Mark, 1/42 Mark, 1/43 Mark, 1/44 Mark, 1/45 Mark, 1/46 Mark, 1/47 Mark, 1/48 Mark, 1/49 Mark, 1/50 Mark, 1/51 Mark, 1/52 Mark, 1/53 Mark, 1/54 Mark, 1/55 Mark, 1/56 Mark, 1/57 Mark, 1/58 Mark, 1/59 Mark, 1/60 Mark, 1/61 Mark, 1/62 Mark, 1/63 Mark, 1/64 Mark, 1/65 Mark, 1/66 Mark, 1/67 Mark, 1/68 Mark, 1/69 Mark, 1/70 Mark, 1/71 Mark, 1/72 Mark, 1/73 Mark, 1/74 Mark, 1/75 Mark, 1/76 Mark, 1/77 Mark, 1/78 Mark, 1/79 Mark, 1/80 Mark, 1/81 Mark, 1/82 Mark, 1/83 Mark, 1/84 Mark, 1/85 Mark, 1/86 Mark, 1/87 Mark, 1/88 Mark, 1/89 Mark, 1/90 Mark, 1/91 Mark, 1/92 Mark, 1/93 Mark, 1/94 Mark, 1/95 Mark, 1/96 Mark, 1/97 Mark, 1/98 Mark, 1/99 Mark, 1/100 Mark.

Herfeld & Co., Neuenrade i. W.



Friedr. Schmerbeck

in Neuenrade i. Westf. No. 91,

berühmt gegen Nachahmung stark gebaute Concert-Ziehharmonikas. 35-38 cm groß, beste fehlerfreie Fabrikate mit hart. Eigelton, 2 Doppelbälgen, Doppelbälgen, Stahlklappen, Mittelbälgen. Prima Federung, für welche jede Garantie leiste.

10 Tafeln, 2 Höl., 50 Stimmen M. 5.-

15 : 8 : 70 : 6.50

20 : 4 : 90 : 8.-

25 : 6 : 100 : 12.-

30 : 4 : 105 : 11.-

Harmonisches Glöckenspiel 50 Pfg. extra. Grösse

Accord-Zithern mit 6 Mannalen M. 6.-

Dieselben in feiner Ausführung mit Mannalen.

7. 11. 15.

Deutsch-American-Gitarre-Zithern

bestes und schönstes Instrument mit 41 Saiten nur M. 12.-. Selbstlernsysteme zu jedem Instrument gratis. Catalog u. Verpackung gratis. Ferner 20 Pfg. Unterricht oder Zurücknahme, wenn Instrument nicht gefällt. Viele Kaufbefehle neuer Kunden im jahrelangen Betrieb bieten bessere Garantien für reelle Bedienung und gute Instrumente, wie nur lange Probefristen.

Concert-Harmonikas mit Messingplattier, gravirten Klappbälgen aufgeschraubt, mit 40 Tönen M. 1,05, mit 80 Tönen und zwei Saiten zu spielen M. 1,90 franko. Zufolge prakt. Stimmung sehr leicht zu erlernen. Demnächst gefällig, Geld zurück. B. Fischer, Gera (A.), Friedrichstr. 6.

Verbandsmitglieder, Achtung! Almanach für das Jahr 1900. Taschenkalender für Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Herausgegeben vom Verbandsvorstande. Ist erschienen und kann von den Mitgliedern durch die Ortsverwaltung zum Selbstkostenpreise von 50 Pfg. bezogen werden.

Paul Horn, Hamburg Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36 Fabrik chemischer Produkte. Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken. Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft. Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken. Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend. Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse. Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte. Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen. Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht. Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf. Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität. Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle. Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“ Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889. Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890. Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen. Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko. 1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Achtung!!! Fachgenossen!!! „Bratsch“-Eichen-Wachsbeize in 9 versch. Farbentönen, rauht das Holz nicht auf, macht d. Schleifen überflüssig. Granatpolitur. Verhütet Delauschlag, sofort glashart u. spiegelblank, halbe Arbeit. Aufpolieren nicht mehr nöthig. Schellack-Porenfüller. Füllt sofort die Poren der Hölzer und ist im Augenblick trocken. Metropol-Politur. Feinste Schellackpolitur mit Delgehalt. Leichtes und schnelles Arbeiten ohne Oelanwendung. „Bratsch“-Lacke, -Polituren, -Beizen. Seit 1866 nach Angaben d. Fachgenossen hergestellt und erprobt. Prämiirt in Berlin und Leipzig. - Muster und Prospekte gratis. C. Bratsch, Lackfabrik, Reinickendorf-Berlin.

Es genügt eine Postkarte, um unsere prachtvolle Musterauswahl von Herren- und Damenstoffen kostenlos zugestellt zu erhalten. Es genügt zum Beweise höchster Leistungsfähigkeit, dass wir schon von Mk. 2 an vorzügliche Herren-Cheviots und von 55 Pfg. an feine Damentuche liefern. Es genügt als Zeichen unserer Reellität, dass Tausende von Kunden über die Haltbarkeit der erhaltenen Waaren aus eigenem Antriebe ihre volle Anerkennung aussprechen. Es genügt die Thatsache, dass wir Nichtgefallendes umtauschen oder das baare Geld zurückbezahlen. Es genügt ein Blick in unsere reichhaltige, Jedem zur Verfügung stehende Musterkollektion, um sich von der Eleganz, Güte u. der unerreichten Billigkeit unserer Stoffe zu überzeugen. Suchausstellung Augsburg 93 Wimpfheimer & Co.

Verlag: A. Röste, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., Weide in Hamburg.